Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 40 (1960-1961)
Heft: 10

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

DAS KABINETT JOHN KENNEDYS

Der neugewählte Präsident der USA hat sein Kabinett zusammengestellt, mit dem er im Laufe von vier Jahren seine Politik der «New Frontier», wie er sie im Wahlkampf verkündete, verwirklichen will. Das Team zeichnet sich durch *Jugendlichkeit* aus; das Durchschnittsalter beträgt 47 Jahre — Kennedys Bruder, der Justizminister, ist mit seinen 34 Jahren der Benjamin. Die *Techniker der Verwaltung* dominieren. Bei aller Ausgewogenheit jedoch, die im Sinne des knappen Wahlausgangs einen mittleren Kurs verspricht, liegt das Kraftzentrum eindeutig beim Präsidenten im Weißen Haus.

Der neue Staatssekretär

Bezeichnend für Kennedy ist die Wahl *Dean Rusks* zum neuen Staatssekretär. Statt Senator Fulbright, statt Chester Bowles, der nun Dean Rusks Stellvertreter ist, statt Adlai Stevenson, dem zweimal geschlagenen Gegenkandidaten Eisenhowers und nun Botschafter Washingtons bei den Vereinigten Nationen, hat Kennedy den relativ unbekannten Präsidenten der Rockefeller-Stiftung ernannt, der unter Truman aktiv die Asienpolitik des Staatsdepartements mitbestimmte. Der zurückhaltende, überlegene Mann scheint über keine auffälligen Merkmale zu verfügen. Rusk hat indessen im letzten Frühjahr einen Aufsatz in der Zeitschrift *Foreign Affairs* veröffentlicht, in dem die Aufgaben der amerikanischen Präsidentschaft umschrieben werden (April 1960). Die Auffassung Rusks, wenige Wochen vor dem Pariser Gipfelfiasko niedergelegt, mußte Kennedys eigene Anschauungen von dem hohen Amte bestätigen und vertiefen. Deshalb lohnt es sich, auf jenen Aufsatz zurückzugreifen. Rusk hat darin das Bild der idealen Präsidentschaft im Hinblick auf die bevorstehende Administration in Washington entworfen und dabei die Führung unter Eisenhower einer scharfen Kritik unterzogen. Der Autor findet im Schlußabschnitt beredte Worte für die *Größe des Amtes* des Präsidenten der USA: «Der Präsident muß sich auf jene feierlichen Augenblicke vorbereiten, da er, wenn von allen Seiten die Ratschläge vorliegen, auf seine einsame Höhe steigen muß, um zu entscheiden, was wir tun sollen. Es gibt solche Augenblicke, da die ganze Welt ihren Atem anhält und unser Schicksal in seinen Händen liegt. Dann wird jedes Fragment seiner Erfahrung, alles, was er gelesen und gelernt hat, sein Verständnis der eigenen Nation und der Welt um ihn, sein Glaube, sein Gewissen und sein Mut wirksam. Im Hinblick auf diese Verwirklichung und nicht aus kleinlicher Kritik heraus können wir eifersüchtig über seine Zeit und seine Energie wachen und jedem Einfluß widerstehen, der sich zwischen den Mann und seine Bürden stellt» (S. 369).

Dieser Appell an die Größe der Führerschaft mußte Kennedy ebenso einleuchten wie der Passus, in dem Rusk an die Stärke und an die *Aufgaben Amerikas* erinnert: «Keine Propaganda ist so wirkungsvoll wie der wohlerworbene Ruf, eine vitale Gesellschaft zu sein, die ihren eigenen Bürgern wachsende Möglichkeiten bietet und ihre Beziehungen zur übrigen Welt auf gegenseitige Achtung und fundamentale Anständigkeit stützt. Wenn wir zu einem Maß an Selbstvertrauen berechtigt sind, so gibt es doch dringliche Probleme, die unsere Aufmerksamkeit erfordern: die Solidarität unserer Allianzen, unsere Beziehungen zu den neuen unabhängigen Völkern, die Angemessenheit unserer Streitkräfte an unsere Bedürfnisse, das geordnete Wachstum unserer Wirtschaft, die Stellung unserer Produkte im ausländischen Wettbewerb, unsere dringlichen Ansprüche an das Erziehungswesen, die Verschlechterung im Verkehrswesen und in unseren großstädtischen Zentren, die Aufnahme unserer Minderheiten als vollberechtigte Bürger und der Mangel an fähigen Männern für die Führung in jedem Beruf,

Geschäft und Dienst. Jeder kann seine eigene Liste machen» (S. 368 f.).

Absage an die Gipfeldiplomatie

Der Punkt aber, den Rusk mit größter Ausführlichkeit behandelt, ist die Gipfeldiplomatie der letzten Jahre, die er mit den hohen Aufgaben eines amerikanischen Präsidenten für unvereinbar hält. Diese *Kritik an Eisenhower*, der durch Chruschtschew zu einer fragwürdigen Methode internationalen Verhandelns verleitet wurde, mag für die Außenpolitik Kennedys und seines Staatssekretärs von größter Bedeutung sein. Rusk weiß die Mittel der traditionellen Diplomatie hochzuschätzen. Nach seiner Auffassung muß der *erste Unterhändler* eines Landes — lies: Eisenhower — mehr als ein Sprachrohr für Schriftstücke sein, die ein noch so fähiger Stab vor ihn auf den Verhandlungstisch legt. Dieser erste Unterhändler sollte schon in Vorverhandlungen die ganze Tragweite der Traktanden und Streitfragen verstehen. Er müßte auch die Stärken und Schwächen der eigenen Position kennen. Doch zitieren wir die Zusammenfassung, die Rusk an den Anfang seiner überaus klaren, überzeugenden Darlegungen setzt:

«Der Präsident kann und soll als Staatschef der Vereinigten Staaten ein begrenztes und sorgfältig geplantes *Programm von Staatsbesuchen* unternehmen, von kurzer Dauer und ausgerichtet auf den Austausch von Höflichkeits- und Achtungsbezeugungen, die ein greifbarer Ausdruck des guten Willens des amerikanischen Volkes sind. Doch *Verhandlungen* auf der Ebene der *Regierungschefs* sind eine andere Sache. Sie lassen sich nicht leicht unterbringen in den Eigentümlichkeiten unseres konstitutionellen Systems; sie lenken Zeit und Energie genau von jenem Punkt ab, wo wir sie am wenigsten entbehren können; wirkungsvolle Verhandlungen werden dadurch nicht gewährleistet. Jene Erfahrungen, die wir mit der Gipfeldiplomatie gemacht haben, ermutigen nicht die Ansicht, daß sie der Förderung der amerikanischen Interessen dienen. Aus Gründen, denen ich mich nun kurz zuwenden will, folgere ich, daß man sich der Gipfeldiplomatie mit jener *Behutsamkeit* nähern sollte, mit der ein vorsichtiger Arzt eine Medizin verordnet, die zur Gewöhnung führen könnte — eine Technik, die man nur selten und unter den ungewöhnlichsten Verhältnissen gebrauchen sollte, mit strengen Schutzmaßnahmen, damit keine schwächende und gefährliche Gewohnheit daraus wird» (S. 360 f.).

Die zurückhaltende und doch entschiedene Analyse Dean Rusks scheint Gewähr dafür zu sein, daß er auch gewillt ist, seine Einsichten in die Wirklichkeit umzusetzen, und zwar als Beistand des Präsidenten, der nach Rusks Auffassung die Hauptverantwortung auch in außenpolitischen Aufgaben trägt. Rusk, der frühere Professor, ist auch in anderer Hinsicht für Kennedys Team repräsentativ: das *Nachdenken über Politik* und das politische Handeln sollen einander nähergebracht werden. Der Präsidentschaftskandidat hatte in seiner Kampagne gefordert, daß die Verbindungskanäle zwischen der Welt des Denkens und dem Sitz der Macht wieder geöffnet werden sollten. Die intellektuelle Komponente kommt so in den nächsten vier Jahren verstärkt zu Ehren.

Beiziehung von Republikanern

Der gleichsam mikroskopische Sieg Kennedys über Nixon hat zur Folge, daß er dem Kabinett eine breitere Basis geben muß. Zwei der drei Hauptpositionen sind durch Republikaner besetzt worden: *Robert S. McNamara*, der 44jährige Generaldirektor der Ford Motor Company, übernimmt das *Verteidigungsministerium*, das von internen Spannungen zwischen den verschiedenen Waffengattungen erfüllt ist. Als Stellvertreter wirkt *Paul Nitze*, außenpolitischer Planungschef unter Truman; im Hinblick auf die nationale Sicherheit und die Abrüstungspläne kommt Nitze eine wichtige Rolle zu. *Douglas Dillon*, der New Yorker Bankier und Stellvertreter Staatssekretär Herters, wird als Schatzsekretär vor die schwierige Aufgabe gestellt, die amerikanische Handelsbilanz unter seine Kontrolle zu bringen.

Kritik an Bobbys Ernennung

Die meisten Ernennungen Kennedys fanden in der Öffentlichkeit Zustimmung. Kritik

rief hingegen die Wahl *Robert Francis Kennedys* — genannt Bobby — zum *Justizminister* hervor. Nicht der Vorwurf des Nepotismus wurde erhoben; doch glaubt man, daß es dem jungen Vollblutpolitiker, der alle Kampagnen für seinen Bruder mit Erfolg und Durchschlagskraft organisiert hat, an Erfahrung und an Sinn für Maß in so schwierigen Aufgaben wie etwa dem Kampf gegen die Rassengesetze in den Südstaaten fehle. Bobby lehnte seine Ernennung lange ab; auch er weiß, daß später alle Vorwürfe gegen seine Person eigentlich auf seinen älteren Bruder, den Präsidenten, zurückfallen werden. Doch Jack möchte seinen vertrautesten Berater um sich haben, nicht nur inoffiziell als Ratgeber im Weißen Haus.

Nachdem das Team nun zusammengestellt ist, wenden sich Kennedy und seine Berater dem *Regierungsprogramm* zu, das im Januar in großen Umrissen in der «*State-of-the-Union*»-*Botschaft* dem Kongreß vorgelegt werden soll. Wie das Kabinett wird auch das Programm auf einen mittleren Kurs ausgerichtet sein. Mindestens so wichtig aber werden die *dringlichen Aufgaben* sein, vor die sich Washington im Verhältnis zu den Allianzen, in den Vereinigten Nationen, aber auch in Krisenherden wie dem karibischen Meer oder dem Kongo gestellt sieht. Das Interregnum der amerikanischen Wahlen hat zu lange gedauert; überall im Bereich der freien Welt wartet man auf Maßnahmen der neuen Administration.

Aufstand gegen Haile Selassie

Eines der stabilsten Länder Afrikas ist im Dezember in den Wirbel eines Putsches geraten. Während *Kaiser Haile Selassie* zu einem Staatsbesuch in Brasilien eintraf, löste der *Kommandant der kaiserlichen Garde* in Addis Abeba, unterstützt von anderen Offizieren und von Intellektuellen, einen Staatsstreich aus. Offenbar bedienten sie sich dabei des Kronprinzen *Asfa Wossen* und *Ras Imrus*, der früher als Offizier und Diplomat im Dienste des Kaiserreichs gestanden hatte; beide wurden unter Druck gesetzt und als Anführer der Revolte ausgegeben. Der Putschversuch scheiterte jedoch am Widerstand der kaisertreuen Armee, und bevor Haile Selassie sein Land im Strahlflugzeug wieder erreicht hatte, ergriffen die Aufrührer die Flucht. Obwohl das patriarchalische Regime des Herrschers über die Aufrührer gesiegt hat, droht doch dem Kaisertum spätestens nach dem natürlichen Ende der Herrschaft Haile Selassies erneut ein Vorstoß jener Kräfte, die sich den Reformen in anderen Staaten Afrikas verbunden wissen.

Der kalte Krieg in Laos

Die Lage der Pufferstaaten zwischen China und dem kommunistischen Vietminh einerseits und den Mitgliedstaaten der SEATO anderseits hat sich in den letzten Monaten verschlimmert. In Laos kristallisierten sich die Wirren des Bürgerkriegs im Kampf um die Hauptstadt *Vientiane*. Ministerpräsident *Souvanna Phouma*, der einen neutralistischen Kurs steuert, versuchte einen Waffenstillstand, ja ein Abkommen über Regierungsbeteiligung mit den kommunistischen *Pathet-Lao-Rebellen* zu schließen, die sein Halbbruder Prinz *Souphanavong* anführt. Dies löste die Gegenoffensive General *Phoumi Nosavans* aus, der die Unterstützung der Vereinigten Staaten genießt. Der Regierungschef Souvanna Phouma floh nach Kambodscha. Bei Vientiane traten die Truppen Nosavans den Kampf gegen die Pathet-Lao-Rebellen und die Fallschirmjäger unter Hauptmann *Kong Le* an. Mitte Dezember räumten die von Moskau unterstützten kommunistischen Streitkräfte die Stadt. Seither residiert Prinz *Boun Oum*, Regierungschef der von General Phoumi Nosavan inspirierten Gegenregierung, in Vientiane.

In London übt man Kritik am Vorgehen Washingtons, das die Streitkräfte Nosavans mit Waffen ausstattete. Man hält einen neutralistischen Kurs unter Souvanna Phouma geeigneter für den exponierten Kleinstaat. Offenbar befürchtet man «koreanische» Komplikationen, durch die der relativ Kalte Krieg sich leicht erhitzen könnte. Kennedy und seine Ratgeber werden sich in diesem Unruheherd Südasiens einer Reihe heikler Entscheidungen gegenübergestellt sehen.

Picus

WOHIN FÜHRT EUROPAS WEG?

Bericht aus Paris

Was wird aus Europa, das, voller Möglichkeiten, immer mehr bedroht, immer stärker zaudert? Diese Frage stellen sich alle jene, welche über das Schicksal des Abendlandes in Sorge sind und mit Unruhe an Kennedys Politik hinsichtlich der europäischen Verteidigung denken. Nun, da die Absicht des Präsidenten der USA bekannt ist, sein Land von einem Teil der Bürde für die atlantische Verteidigung und die Hilfe an unterentwikkelte Länder zu befreien, äußern sich in einem Teil der Öffentlichkeit Sorgen über die Verteidigung Europas. Paul Reynaud, der gerne die Rolle der Kassandra spielt, ließ im Parlament einen feierlichen Aufruf zugunsten des vereinigten Europas hören und bezeichnete das «Europa der Vaterländer», welches das französische Regierungsoberhaupt zu verfechten nicht abläßt, als überholt. So kam der alte liberale Führer zu der Schlußfolgerung: «Frankreichs Sicherheit muß über ein selbst berechtigtes Streben nach Nationalstolz obenausschwingen. Dies Streben wird einzig das Europa, das wir schaffen werden, verwirklichen.»

Eines der kennzeichnendsten Ereignisse der letzten Wochen war eine Erklärung Adenauers, die dem gleichen Gedanken bezüglich des atlantischen Zusammenhalts unter amerikanischer Führung Ausdruck gibt. Mit ungewöhnlicher Inständigkeit, die beachtet wurde und eine persönliche Gefühlsbewegung verriet, wandte er sich an die NATO-Mächte und beschwor sie, ihre Einheit zu bewahren. «*Es war selbstverständlich*», sagte er «*daß die USA an die Spitze der NATO traten, als sie allein die Atombombe besassen, es ist ebenso selbstverständlich, daß sie diese Führerrolle heute behalten. Es ist unmöglich, die atlantische Allianz in eine Koalition nationaler Armeen sich auflösen zu lassen. Die militärische Integration kann nie zu weit gehen.*»

Im Hinblick auf die atomare Bewaffnung und das Prinzip der Gleichheit der Rechte, auf welche sich die offizielle französische These stützt, gab der Kanzler zu verstehen, daß die englische Sonderstellung in diesem Punkte innerhalb der NATO in keiner Weise einen Präzedenzfall abgeben könne. Das nationale Interesse, fügte er hinzu, muß dem höheren Interesse der atlantischen Ziele untergeordnet werden, jede Umformung des Bündnisses muß im Hinblick auf diese Forderung geprüft werden. Aus diesem Grund müssen wir die Zunahme der Staaten mit Atomwaffenbesitz als eine Gefahr ansehen, da doch das nicht geringzuschätzende Endziel die allgemeine Abrüstung bleibt.

Anerkennen wir es nur, in dieser Äußerung gibt es kein Wort, das den Ansichten des französischen Staatschefs nicht zuwiderliefe oder zum mindesten jenen, die General de Gaulle, dieser verschlossenste der zeitgenössischen Staatsmänner, der die schwierigsten Probleme allein lösen will, in den letzten Monaten öffentlich ausgesprochen hat. Ende 1959 betonte er in einer Ansprache in der Kriegsakademie vor den Spitzen des französischen Generalstabs die Notwendigkeit für Frankreich, eine selbständige «Schlagkraft» zu besitzen. Diese Rede hatte seinerzeit nicht nur die Spezialisten der europäischen Verteidigung bestürzt, sondern auch die militärischen Kreise der NATO. Das Gesetz, das mit der diskret euphemistischen Bezeichnung von «militärischer Ausrüstung» die Schaffung dieser «Schlagkraft» bestätigt und die dazu benötigten gewaltigen Ausgaben gestattet, wurde verkündet, obwohl der Senat es dreimal abgelehnt hatte. Zum ersten Male vielleicht in der Geschichte des französischen Parlaments wurde so, dank einem Kunstgriff der Prozedur, ein Gesetz verabschiedet, welches die Zukunft der Nation verpflichtet, ohne daß dem Entwurf von den Kammern zugestimmt worden wäre. Der ehemalige Minister Jules Moch beklagt die Tatsache, daß die Nationalversammlung «geknebelt durch die Vertrauensfrage» (das heißt: durch die Drohung der Auflösung) sich nicht dagegen wehren konnte. Seiner Meinung nach läuft ein System, das dergleichen zuläßt, «derart den Grundlagen der Demokratie zuwider, daß es nicht lange in Kraft

bleiben kann» («Le Monde» vom 6. 12. 1960). Michel Debré hat die undankbare Aufgabe, vor dem Parlament eine Politik zu rechtfertigen, die über seinem Kopf ausgeheckt wird und die ihn überdies in einen peinlichen Widerspruch mit sich selbst verwickelt. Er, der Verfasser des brillanten Buches «Fürsten, die uns heut regieren» (deutsch im Roven-Verlag, Olten), sieht sich durch die Umstände gezwungen, das Gegenteil der Ansichten zu verfechten, die er einst hitzig vertreten hat. Er besuchte jüngst Adenauer in Bonn, um ihm die Stellung Frankreichs zu erläutern, wenigstens so, wie General de Gaulle sie auffaßt. Wenn es ihm auch gelungen ist, einige Befürchtungen zu zerstreuen und seinen Partner davon zu überzeugen, daß Frankreich weder in einen Anti-Amerikanismus verfallen, noch die Grundsätze des atlantischen Bündnisses in Frage stellen wolle, scheint es ihm doch nicht geglückt zu sein, die Regierung der Bundesrepublik von dem Mißtrauen vor den gegenwärtigen militärischen Absichten Frankreichs abzubringen.

Den Befürchtungen Adenauers gaben die feierlichen Erklärungen des NATO-Generalsekretärs Paul-Henri Spaak ein Echo in der meisterlichen Rede, die er Ende November, anläßlich der Parlamentssession der NATO, gehalten hat. Seine Worte trafen ins Schwarze, als er nachdrücklich betonte:

> «Im militärischen Bereich wird heute alles von der Frage bestimmt, ob wir innerhalb des atlantischen Bündnisses einer gemeinsamen Atompolitik fähig sind. Eine tatsächliche und wirksame Verteidigung zu planen, ist völlig unmöglich, ohne daß dies Problem behandelt und gelöst wird . . .
>
> Werden wir in den kommenden Wochen oder Monaten die USA einen diesbezüglichen Vorschlag machen sehen?... Ich persönlich denke, daß General Norstad unsern Dank verdient, dieses Problem wiederholt mit großem Weitblick und aus einem Geist heraus angepackt zu haben, der in jedem Fall der Einheit des atlantischen Bündnisses sehr zuträglich war. Wenn es uns gelingt, aus der NATO als Organisation eine eigene Atomkraft zu machen, hätten wir eine gewisse Anzahl von Problemen gelöst. Das ist meiner Meinung nach die beste Weise, die Atomprobleme zu lösen, die sich in verschiedenen Ländern augenblicklich stellen. Wir würden zweifellos das militärische Potential der europäischen Verteidigung kraftvoll verstärken, wenn es uns gelingt, diese einzige Atomkraft für alle Länder zu schaffen. Das wäre auch ein Zeichen eines erneuten Zusammenhalts des atlantischen Bündnisses, das, davon bin ich überzeugt, sofort psychologische und politische Auswirkungen hätte.»

Der Ruf an das Volk

Das französische Volk wird in den ersten Tagen des Jahres zu einer Abstimmung über einen Gesetzesentwurf über die Schaffung öffentlicher Gewalten in Algerien aufgerufen werden, einen Entwurf, der ihm gemäß der Einrichtung des Plebiszit-Referendums vorgelegt wird. Denn jeder weiß in Tat und Wahrheit, daß es sich unter dem Anstrich der Verfassungsmäßigkeit um ein persönliches Plebiszit handelt.

Der Führer der sozialistischen Partei, Guy Mollet, erklärte denn auch, daß er ihm wenig günstig gesinnt sei. Mag er auch, gemäß der Definition de Gaulles vom 16. 9. 1960, wie ein großer Teil der Franzosen, die «Selbstbestimmung» vertreten, nimmt er dennoch nicht alle Taten der Alleinherrschaft hin. Mit einer Anzahl Gemäßigter stimmt er sogar überein, mit Mißtrauen eine Volksbefragung anzusehen, die, über die algerische Politik hinaus, den Präsidialcharakter des Regimes verstärkt. Der Wortführer der Unabhängigen, Roger Duchet, erklärte: «Die Exekutive schlägt vor, uns zugleich zur Algerischen Republik und zum autoritären Staat zu führen. Wir, die wir uns nicht mit dem Ende Algeriens abfinden und das persönliche Regime nicht anerkennen, wir fahren fort, beides zugleich zu verteidigen: Algerien und die Republik.»

Trotz diesen Widersprüchen, in denen die Leidenschaft über die Vernunft den Sieg davonträgt, bleibt de Gaulle, der den Stich-

tag nahe weiß, unerschütterlich. Er wird, so versicherte er wenigstens, sich nicht zu einem Akt bereitfinden, der aus dem FLN den einzigen gültigen Partner macht, doch will er, dank dem Referendum, jedem, dem am zukünftigen Schicksal Algeriens gelegen ist, erlauben, sich frei auszusprechen: den eingewurzelten Franzosen, den Arabern, die das Los der Franzosen zu teilen wünschen, wie den hartnäckigen Parteigängern der algerischen Unabhängigkeit. Leider haben die blutigen Ereignisse in Algerien die Politik des Staatschefs in Frage gestellt: die liberale Lösung der Assoziierung. Infolge des brutalen Zusammenpralls der beiden Gemeinschaften ist der Erfolg dieser Politik nun sehr gefährdet. Nach den Worten von Joseph Alsop, der in Algier dabei war, bilden die Aufstände des schwarzen Dezembersonntags das Ende der Illusionen. Sie nehmen auch der Rechtfertigung des Referendums viel von ihrem Wert. Sozialisten, Radikale, Unabhängige, die meisten reserviert, halten es für einen Schritt, der Frankreich zur unkontrollierten Diktatur hinführen soll. Das ist unter anderm die Meinung des Abgeordneten Patrice Broca, der im Falle eines überwiegenden «Ja» befürchtet, daß die Zustimmung des Volkes zu einer begrenzten Frage von der Regierung als «Anerkennung für die Vergangenheit und Vollmacht für die Zukunft» ausgelegt werden könnte. Broca bezweifelt auch nicht, daß de Gaulle durch das Referendum eine Bürgschaft auf seine europäische Politik aufnehmen wolle, die im Parlament unterlegen ist. Der Stimmbürger lese auf seinem Stimmzettel das Wort Algerien, doch stehe im Wasserzeichen «Atlantikpakt», «Alleinherrschaft», «Verfassung» geschrieben. Wie das «Journal du Parlement» hervorhebt, ist es schwierig, sich des Eindrucks zu erwehren, daß dies gerade gewollt ist, und daß trotz allem Abstreiten dieses Referendum ein Plebiszit ist, das seinen Namen nicht zu nennen wagt.

Der Graben

Niemand kann heute sagen, ob das algerische Algerien, dessen Schaffung die Muselmanen nachdrücklich fordern, seine Assoziierung mit Frankreich beschließen wird oder nicht. Denn es bleibt eine Tatsache voll unberechenbarer Folgen: wenn der FLN in den Guerillakämpfen heute deutliche Zeichen von Nachgiebigkeit bekundet, finden die algerischen Nationalisten auf internationaler Ebene eine auffällige Verstärkung dank russischer und chinesischer Hilfe sowie der afro-asiatischen Unterstützung in der UNO.

Die Heftigkeit der Ausschreitungen in Algerien als Folge der Reise de Gaulles — die höchsten Spitzen der Verwaltung hatten davon abgeraten — ließ deutlich die Gefühle erkennen, die die beiden Gemeinschaften trennt. Ihre beidseitige Haß- und Rachlust wird sich nicht so bald besänftigen, versteift wie die Positionen der gegnerischen Lager nun sind. In dem zerbrochenen Spiegel, in dem muselmanische und europäische Algerier sich betrachten, ohne sich selbst zu erkennen, zeichnet sich das ungewisse Bild jenes Algeriens von morgen ab, das trotz allem aufgebaut werden muß. Zwischen diesen beiden Volksgruppen, dem FLN und den extremistischen Elementen (darunter eine starke Gruppe mediterraner Elemente verschiedenster Herkunft, die als Franzosen naturalisiert sind) wird hinfort das Spiel gespielt. Zwischen ihnen ein einziger Schiedsrichter: die französische Armee, die mit unermüdlichem gutem Willen ihre Bemühungen zur Befriedung weiterführt und heute in ihrer loyalen und disziplinierten Hand vielleicht den Schlüssel der Lage hält.

Was wollte de Gaulle mit seiner mutigen Reise vom 10. 12. 1960 an die Brandherde? Er wollte ein «Ja» der Muselmanen herbeiführen. Es war auch das Ziel seiner Politik, alle algerischen Elemente außerhalb des FLN zu stärken, damit am Tage der Verhandlung der FLN nicht als einzige politische Organisation Algerien vertrete. Doch eine Frage stellt sich sogleich: welche Autorität wird der muselmanische Verwaltungsapparat haben, den man einmal aufstellen wird? Und welchen Wunsch, den Anschauungen der französischen Regierung zu entsprechen? An diesem Punkt beginnen für viele Dunkelheit und Zweifel. Das Auftauchen grüner und weißer Fahnen im Herzen Algiers und von Tafeln voller Drohsprüche

des FLN zeigte die Überredungskraft der jungen, fanatisierten Araber in der leicht beeinflußbaren muselmanischen Gemeinschaft. Um es gelinde auszudrücken, muß man sagen, daß dieser Ausbruch gegenseitiger Gewaltsamkeit eine enttäuschende Einleitung des Referendums darstellt und jede Hoffnung einer vernünftigen Zusammenarbeit augenblicklich illusorisch macht. Es nützt nichts, über die augenfällige Jugend der Manifestanten zu spekulieren, denn, ob man es will oder nicht, sie werden die Erwachsenen eines Algeriens von morgen sein. Einige sind der Meinung, daß die Muselmanen, welche an der algerischen Exekutive teilnehmen werden, wie sie de Gaulles Plan vorsieht, sich früher oder später dem FLN ergeben werden, um für ihre Sicherheit Sorge zu tragen. So wäre die Gruppierung der Algerier um die ursprüngliche Rebellentruppe letzten Endes das Werk der französischen Regierung selbst. Jacques Soustelle, früher einer der tatkräftigsten Gaullisten, hat aus dieser Lage die folgende ernste Schlußfolgerung gezogen:

> «Im Mai 1958 wickelten sich in ganz Algerien gewaltige Manifestationen ab. Das waren friedliche Manifestationen des Vertrauens und der Verbrüderung, in denen Muselmanen und Europäer zusammen Frankreich feierten. Heute stehen sich die beiden Gruppen gegenüber, und die Agenten des Terrorismus können blutige Wirren und Anschläge hervorrufen. Das ist das Ergebnis einer Politik, die, im Widerspruch mit den Verheißungen von 1958, die Einheit zerbrochen hat, welche vor zwei Jahren verwirklicht war.»

Kein einziger muselmanischer Abgeordneter im französischen Parlament wird diesen traurigen Zustand billigen. Einige, wie der Abgeordnete aus Orléansville, Boualem, Vizepräsident der Nationalversammlung, geben zu, daß er nur bittere Früchte reifen lassen könne, doch verzweifeln sie nicht an einem friedlichen und verbrüderten Algerien. Ähnlich denkt die Mehrheit der Franzosen im Mutterland und in Algerien, abgesehen von den Ultras.

Die beispielhafte Haltung der Armee in jenen Tagen der Gewalt ist für jene die beste Antwort, welche geglaubt hatten, sie gegen die oberste Autorität aufhetzen zu können. Der Staatschef stößt bei seinem Versuch, Frankreich und Algerien zu einem gemeinsamen Schicksal zu führen, auf Leidenschaften, Haß und Sarkasmus. Vor der unverschleierbaren Wirklichkeit haben diese verschiedenen Gegenströmungen, welche die Öffentlichkeit verurteilt, nur eines vermocht: die Regierung in ihrem Beschluß zu bestärken, mit fester Hand die algerische Politik weiterzuführen und damit die Stunde der Lösung herbeizuführen.

Die Macht eines Vorurteils

Die mehr oder weniger ernsthaften Apostel des Antikolonialismus glauben im alten Streben der Völker nach Freiheit eine Rechtfertigung ihrer schwachdurchdachten Überzeugungen zu finden. Sie ahnen nicht, daß Sowjetrußland, der Meister des Illusionismus, es fertig gebracht hat, vergessen zu lassen, daß es selbst die erste Kolonialmacht der Welt ist, hält es doch unter seiner Fuchtel mehr als dreißig Millionen Muselmanen in den sogenannt autonomen Republiken Zentral- und Südasiens, ganz zu schweigen von den Völkern Osteuropas und des Balkans, die es einfach annektiert hat. Sieht man die Angriffe, die im Namen des Antikolonialismus blind vorgetragen werden, ist man geneigt, zu glauben, Vernunft und Gerechtigkeit würden unbegründeten Ideologien und triebhaften Leidenschaften geopfert. Es ist augenfällig, daß andere Interessen dabei auf dem Spiele stehen, die mit denen der Schwarzen oder der Weißen, die mit ihnen leben, nichts zu tun haben, sondern eine neue Form des Kolonialismus sind: der internationale Kolonialismus. Der aufgeklärte Leser sollte wissen, daß die Sowjets sich recht wenig um die Unabhängigkeit der Völker kümmern, daß die Emanzipation der ehemaligen Kolonien sie nur in dem Maße interessiert, als sie die Beseitigung der Westeuropäer erlaubt.

In diesem Zusammenhang möchten wir die zartbesaiteten Seelen, die sich an den Leiden der Kongolesen, diesen Opfern der «Kapitalistischen Unterdrückung», stoßen,

darauf hinweisen, daß die Sowjets den Ausdruck «Neokapitalismus» geprägt haben mit der Absicht, die neue Art der Assoziierung «in Unabhängigkeit und Souveränität» zu diskreditieren, welche heute mehrere Führer der Farbigen anstreben. Dieser Ausdruck, der augenblicklich in der UNO grassiert, sucht die vertrauensvollen und herzlichen Beziehungen zu kompromittieren, die sich im schwarzen, ehemals französischen Afrika zwischen einigen jungen afrikanischen Nationen und den dort ansässigen Europäern entwickelt haben. Chruschtschew war nicht in der UNO, um seine Schuhe auszuziehen und das sowjetische Veto gegen die Zulassung Mauretaniens auszusprechen, doch sein treuer Diener Zorin verfehlte nicht, diesen angeblichen «Neokapitalismus» anzurufen und die unhaltbare Politik der UdSSR zur neuen islamischen Republik Mauretanien zu erklären, welche vierzig Länder anerkannt hatten.

Kein Staatsmann der farbigen Republiken, die kürzlich die Unabhängigkeit gewonnen haben, verkennt, was eine technisch entwickelte Gesellschaft einer andern, die es weniger oder gar nicht ist, an Hilfe bieten kann. Houphouet-Boigny beispielsweise, der überlegte Führer Westafrikas, verkündet es bei jeder Gelegenheit. Andere, wie Léopold Senghor, Mamadou Dia oder Tsiranana, der Präsident der Republik Madagaskar, geben uns durch die Mäßigung ihrer Erklärungen nützliche Lektionen des Realismus. Um so verabscheuenswürdiger ist der Betrug, dem unsere Intellektuellen Beistand leisten, um jeden Preis das falsche Dilemma aufzustellen, welches Unabhängigkeit — gleich Quelle des Wohlergehens — der Abhängigkeit — gleich Quelle des Elends — gegenüberstellt. Man würde deshalb etwas mehr «bon sens» und Objektivität jenen geistigen Präzeptoren wünschen, mögen sie auch Weltruhm besitzen, und man hofft, ihren Stolz nicht mit der Aufforderung zu verletzen, zuerst die alte afrikanische Weisheit zu berücksichtigen, wenn sie darangehen, ohne Widerruf über das Schicksal Afrikas zu entscheiden.

Jean de Saint-Chamant

DIE KOMMUNISTISCHE KAMPFANSAGE

Joseph Goebbels, der Propagandameister Hitlers, prägte im zweiten Weltkrieg den Begriff «totaler Krieg», welcher mit der Niederlage der Demokratie und dem Triumph der Diktatur in aller Welt enden sollte. Dennoch ist die nationalsozialistische Verschwörung gegen die Freiheit in der gewaltigen Kraftprobe um die Zukunft der Menschheit aufs Haupt geschlagen worden. Wievielmal und wie oft hatten zuvor die Exponenten der nationalsozialistischen Ideologie und Staatslehre den Untergang des parlamentarischen Systems, der liberalen Wirtschaftsformen und überhaupt des pluralistischen Grundsatzes prophezeit? Wievielmal protzten sie mit der angeblichen Überlegenheit des uniformierten Gedankens, der Kommandowirtschaft und des Führerprinzips? Es ist gut, sich dieser noch gar nicht so sehr entlegenen Zeiten zu erinnern, wenn man die Taktik der Vertreter des roten Totalitarismus verfolgt. Gewiß, der Vergleich zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und den italienischen Faschisten einerseits und den russischen sowie den chinesischen Kommunisten andererseits, kann mit Recht als nicht gerade hundertprozentig adäquat angefochten werden. Die wirtschaftliche und die militärische Macht der kommunistisch beherrschten Länder ist bestimmt stärker als diejenige Hitlers und Mussolinis war, die marxistisch-leninistische Ideologie ist attraktiver und universeller als der rassistische Wahn des Nationalsozialismus. Auch scheinen die kommunistischen Despoten vorsichtiger und schlauer als ihre Vorgänger im Tausendjährigen Reich zu sein. Aber was den Kern der Sache, nämlich die Verachtung gegenüber allen Werten der pluralistischen Gesellschaft und die innere Bereitschaft, diese Welt zu vernichten,

angeht, sind sich sowohl das verflossene wie auch das zeitgenössische totalitäre System gleich.

Dieser Hinweis auf die elementaren Probleme des Ost-West-Verhältnisses, auf die Kluft, die die zwei grundverschiedenen politischen, wirtschaftlichen und geistigen Systeme des Erdenrundes trennt, ist nach unserem Ermessen durchaus richtig placiert, bevor man an die Wertung der Resultate des nternationalen Kommunistentreffens in Moskau herangehen will.

Es wurde in den letzten Monaten sehr viel, wahrscheinlich allzuviel über den Konflikt Moskau-Peking geschrieben und gesprochen. Hie und da tauchten die gefährlichen Schatten des Wunschdenkens auf, daß sich die Todfeinde der demokratischen Lebensformen in ihren Streitigkeiten derart zerreiben würden, daß wir gewissermaßen als lachender Dritter in abwartender Position als Sieger hervorgehen könnten. Ja, manch einer ging in seinem Traum sogar so weit, daß er sich das antistalinistische Rußland als heimlichen Parteigänger des Westens gegen die gelbe Gefahr vorstellen wollte. Diese Wunschträume sind vor allem deshalb gefährlich, weil sie die Imponderabilien der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus als ein sekundäres Element unseres Zeitalters anzusehen drohten und die Gegensätze in der kommunistischen Welt unter dem Aspekt eines rein machtpolitischen Denkens betrachten wollten. Man muß sich davor hüten, daß man die Ereignisse hinter dem Eisernen Vorhang mit den üblichen Prüfsteinen der politischen Probleme der parlamentarischen Demokratie mißt. Eine solche Methode eignet sich nicht für die brauchbare Analyse und kann folglich dazu führen, daß man mit deren Verwendung beim kommunistischen Osten irreführende Resultate erhält. Sehr lehrreich als Beispiel dafür ist der sowjetisch-chinesische Konflikt oder vielmehr die häufig im Westen zum Vorschein kommende Betrachtungsweise dieses Gegensatzes gewesen.

Es wird wahrscheinlich niemand behaupten wollen, daß die Beziehungen zwischen den beiden kommunistischen Mächten frei von jeglichen machtpolitischen Spannungen seien. Wir wissen schließlich, daß der Bruch zwischen Stalin und Tito in erster Linie machtpolitischen und nicht ideologischen Ursprungs war, obwohl sich beide Seiten vorwiegend auf die ideologischen Argumente stützten. Aber schon das jugoslawische Muster der kommunistischen Streitigkeiten hat wichtige Erkenntnisse an die Oberfläche der internationalen Politik geschwemmt, von denen man gewisse Gesetzmäßigkeiten auf die Zerfallserscheinungen im internationalen Kommunismus ableiten kann.

Es hat sich nämlich erwiesen, daß eine Dekomposition im kommunistischen Lager aus einer der streitenden Parteien noch keinen Verbündeten des Westens macht. Auch nach dem Abfall eines kommunistischen Partners von der bisherigen Machtkonstellation wirken die totalitären Gesetze der Ideologie weiter, wenn auch die ganze Machtkonstellation dadurch zweifellos schwächer wird. Diese Erkenntnis spielt natürlich auch auf der kommunistischen Seite eine große Rolle und wirkt sich hemmend auf das Austragen der inneren Gegensätze zwischen Moskau und Peking aus. Auch das leicht vorauszusehende Ausmaß der Folgen eines eventuellen vollständigen Bruchs zwischen Chruschtschew und Mao ist wohl den beiden Exponenten der kommunistischen Mächte geläufig. Würde man trotzdem rein hypothetisch die Möglichkeit eines solchen Bruchs ins Auge fassen, müßte man gleichzeitig annehmen, daß dann innerhalb des verfeindeten kommunistisch totalitären Blocks ein Konkurrenzkampf darum ausbrechen würde, wer ein besserer Kommunist sei. Das könnten Moskau auf der einen und Peking auf der andern Seite nur durch ihre Feindschaft gegenüber dem Westen beweisen, aber keineswegs durch die Suche nach einem Anschluß an die westlichen Bündnisse. Sonst müßte die eine oder die andere Seite ihre Ansprüche auf die Führungsrolle im Weltkommunismus begraben, das heißt mit anderen Worten ausgedrückt, auf die kommunistische Ideologie verzichten. Schon ein solcher Gedanke ist derart absurd, daß man ihn nicht weiter verfolgen kann.

Als im Frühjahr und im Sommer 1960

die Differenzen zwischen den sowjetischen und den chinesischen Kommunisten offenkundig wurden, konnte man mit einiger Sicherheit voraussehen, daß Chruschtschew einem Kompromiß mit Mao Tse-tung auf der Basis einer gesteigerten Offensive gegen den Westen nachjagen werde. Der Verlauf der Herbstsession der Vereinigten Nationen in New York hat dies mit aller Klarheit bewiesen. Was unklar blieb war die Frage, ob sich die Chinesen mit dieser Dosierung des Hasses abfinden werden oder ob sie weitere Hebel ansetzen, um den Preis für die Einigung im Weltkommunismus noch mehr heraufzuschrauben. Das November-Treffen der internationalen kommunistischen Prominenz in Moskau hat gezeigt, daß der Übergang des Kremlregimes von der Gipfeldiplomatie zu einem totalen ideologischen Krieg gegen den Westen eine Plattform für die Verständigung und schließlich für die Aufstellung eines neuen Kampfprogramms ausreichend war.

Es hat wenig Sinn, sich damit zu befassen, wer wem in Moskau Konzessionen machte und wer wen überspielt hat. Für die Beurteilung der neuen Situation ist das gravierende Moment ausschlaggebend, daß die Sowjetführung die Grundrisse dessen, was Chruschtschew als ein friedliches Nebeneinandersein einige Jahre hindurch mit dialektischen Tricks zu kaschieren suchte, mit plastischer Deutlichkeit offenbaren mußte. Das Moskauer Manifest macht keinen Hehl daraus, daß es im Grunde genommen um die Vernichtung der pluralistischen Gesellschaft in allen Formen und Abarten, und zwar im Namen der kommunistischen Weltrevolution geht. Wer dies in Abrede stellen möchte, der würde eine Vogel-Strauß-Politik betreiben, die bei einer größeren Ausstrahlung zu solchen Folgen führen könnte, wie man sie schon einmal wegen der Geringschätzung der totalitären Verschwörung am 1. September 1939 erleben mußte. Man vergißt oft, daß auch die damalige Kampfansage unter dem trügerischen Wahrzeichen des Friedens jahrelang durch Hitler und Mussolini gehandhabt wurde und diese Methode zur Vernachlässigung sowohl der moralischen Abwehrbereitschaft wie auch der machtpolitischen und militärischen Quellen der bedrohten Welt führte.

Die Brutalität der Diktion, mit der das Moskauer Manifest verfaßt wurde, ist derart eindeutig, daß es den Diplomaten des kommunistischen Ostblocks und deren naiven Medien im Westen in Zukunft schwer fallen wird, den gesunden Menschenverstand und den elementaren Wachsinn der Völker mit den koexistenzartigen Illusionsspielen irrezuführen. Und Chruschtschew wird nicht mehr behaupten können, er sei dem chinesischen Druck ausgesetzt und müsse Konzessionen erhalten, um das Schlimmere für den Weltfrieden zu verhüten. Die Sowjets und die Rotchinesen haben vor der ganzen Welt demonstriert, daß sie in ihrem Haß gegenüber der nichtkommunistischen Welt einig sind und sie einen totalen politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Krieg gegen diese Welt führen werden, wobei sie lediglich auf die Auslösung eines globalen Vernichtungskrieges mit den Atomwaffen zurückschrecken, weil sie dessen Auswirkungen auch für den eigenen Machtbereich in Kauf nehmen müssen. Der Westen wird das wohl zur Kenntnis nehmen müssen und dementsprechend handeln. Immerhin ist dieses Resultat des Kommunistentreffens in Moskau in einer Hinsicht positiv: Die Geschichte hat stets bewiesen, daß die Klarheit über die Ziele des Gegners der Unklarheit darüber vorzuziehen ist.

Alexander Korab

DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN BRASILIEN

Am 3. Oktober 1960 wählte das brasilianische Volk seinen neuen Staatspräsidenten. Das Ergebnis ist bekannt: am 31. Januar 1961 wird der 43jährige ehemalige Gouverneur des Staates São Paulo, *Jânio de Silva Quadros*, den «Palácio da Alvorada» in Brasilia als neuer Präsident für eine Amtszeit von 5 Jahren beziehen.

Die Wahl ist für Brasilien von außergewöhnlicher Bedeutung. Es ist das erste Mal in der Geschichte der jungen Republik, daß in einem demokratischen Wahlgang die Opposition siegte. Vor der Revolution von 1930, mit der Getúlio Vargas sich zum Diktator Brasiliens machte, hatten es die Regierungen stets verstanden, die Wahlen so zu lenken, daß den Gegnern keine Chance blieb. In den 1945 durch den Druck der Armee ausgeschriebenen Neuwahlen kam General Dutra nur dank der Wahlunterstützung Vargas' ans Ruder. 1950 kam Vargas erneut selbst zum Zuge, und der jetzige Präsident Kubitschek entstammt einer der beiden gegenwärtigen — seinerzeit von Vargas protegierten — Regierungsparteien, der Sozialdemokratischen Partei.

Daß nach der nun 30 Jahre andauernden «Ära Vargas» das Volk nach einem Wechsel verlangte, war auch diesen Regierungsparteien — neben der SDP ist es die Brasilianische Arbeiterpartei — klar geworden. Sie hatten sich beide in der von ihnen ziemlich gut ausgewerteten Regierungszeit etwas abgenützt. Deshalb wagten sie es nicht, mit einer ausgesprochenen Parteikandidatur ins Feld zu ziehen und etwa den bisherigen Vizepräsidenten João Goulart, den Herrn der Arbeiterpartei und «Erben» von Vargas, zu portieren. Die größte Oppositionspartei, die Nationale Demokratische Union (NDU) fühlte sich andererseits auch nicht stark genug, einen den eigenen Reihen entstammenden Kandidaten zu nominieren.

So standen sich schließlich im ehemaligen Kriegsminister Marschall Lott und in Jânio Quadros zwei gleichsam «überparteiliche» Kandidaten gegenüber — der dritte Anwärter, der ehemalige «Herr» von São Paulo, Dr. Adhemar de Barros, der eher auf eine Art «Coué-Methode», als auf eine realistische Analyse der Situation vertraute, besaß von Anfang an nur geringe Chancen. Der Kandidat der Regierung, Marschall Lott, hatte öffentlich erstmalig mit den Staatsstreichen vom 11. und 21. November 1955 in die Politik eingegriffen, um — nach seinen eigenen Aussagen — die Amtseinsetzung des gewählten Präsidenten Kubitschek zu ermöglichen. Erst in den letzten Tagen der Wahlkampagne war bekannt geworden, daß er auch zu den Unterzeichnern jenes Ultimatums der Generäle gehört hatte, das 1954 den Rücktritt des Präsidenten Vargas forderte und schließlich dessen Selbstmord bewirkte. Der von der NDU portierte Jânio Quadros hat seinen raschen politischen Aufstieg — 1947 Stadtabgeordneter von São Paulo, 1951 Abgeordneter des Staates São Paulo, 1953 Bürgermeister der Stadt, 1954 Gouverneur des Staates São Paulo — mehr seiner eigenen Kraft, seiner Aktivität und seinem hervorragenden Rednertalent zu danken, als der Hilfe von Parteien. Mit diesen führte er einen ewigen Kampf um seine persönliche Unabhängigkeit, was unter anderm einmal zu seinem Ausschluß aus der ihn als Gouverneur unterstützenden Christlich-demokratischen Partei führte. Von der NDU bereits auf den Schild erhoben, trat er anfangs 1960 als Präsidentschaftskandidat zurück, und nur große Anstrengungen seiner Freunde vermochten ihn zu bewegen, diesen Schritt rückgängig zu machen.

Daß die Regierungsparteien trotz aller Maßnahmen heimlich Zweifel am Erfolg hegten, zeigte die lange Reihe von Projekten, die eine Wahl verhindern oder doch die Wahlbasis wesentlich verschieben sollten. Man diskutierte eine Verlängerung der Amtszeit des bisherigen Präsidenten, die Einführung der Möglichkeit seiner Wiederwahl, die Wahl des Präsidenten durch das Parlament und die Einführung einer Art von Listenverbindungen, wobei die Stimmen verbündeter Kandidaten zusammengezählt und derjenige gewählt worden wäre, der am meisten «Listenstimmen» und erst in zweiter Linie am meisten persönliche Stimmen erhal-

ten hätte. Es ist das Verdienst des Präsidenten Kubitschek — und auch des Regierungskandidaten Marschall Lott —, alle diese Machenschaften vereitelt und so dem Lande schwere politische Krisen erspart zu haben. Selbstverständlich wurde auch alles unternommen, um Dr. Barros zum Rückzug zu bewegen.

Wenn so der Sieg Jânio Quadros' nicht unerwartet kam — man war eigentlich eher überrascht, nachträglich anhand der manchmal absurden Wetten zu vernehmen, wie viele Leute an einen Sieg des Regierungskandidaten geglaubt hatten —, das Ausmaß dieses Sieges hat doch erstaunt. Der Kandidat der Opposition konnte fast das absolute Mehr der Stimmen auf sich vereinigen. Im Ausmaß des Sieges liegt das Hauptcharakteristikum dieser Wahl.

Es bedeutet einmal, daß die Popularität von Präsident Kubitschek überschätzt worden war. Dieser hatte sich allerdings klugerweise im Wahlkampf in keiner Weise exponiert. Ein knapper Wahlsieg hätte deshalb als ein persönlicher Mißerfolg Marschall Lotts ausgelegt werden können. Die eigentliche «Volksdemonstration» mit Hilfe des Stimmzettels muß aber als gegen die bisherige Regierung gerichtet erscheinen. Es zeigte sich, daß das Volk nicht bereit war, all die Opfer des spektakulären Entwicklungsbooms auf sich zu nehmen, den rapiden Kaufkraftschwund der Währung, die Vernachlässigung der Landwirtschaft zugunsten einer problematischen Industrialisierung, die Korruption der Verwaltung und der sozialen Dienste. Auch die voreilige Verlegung der Hauptstadt nach dem immer noch funktionsunfähigen Brasilia hat auf die Dauer wahrscheinlich dem Prestige des Präsidenten mehr geschadet als genützt. Die Chancen Kubitscheks, 1965 in den Präsidentenpalast zurückzukehren, haben sich damit um etliches verringert.

Das Wahlergebnis erhöht aber auch die Unabhängigkeit des Präsidenten gegenüber den ihn portierenden Parteien. Bisher war es üblich gewesen, Wahlkoalitionen durch Verträge festzulegen, in denen, entsprechend der Stärke der Parteien, die «Preise» festgelegt wurden: die Partei durfte den oder jenen Minister bestimmen, so und so viele Parteifreunde waren in der Verwaltung unterzubringen etc. Allerdings hatten die Jânio Quadros unterstützenden Parteien immer versichert, ihm später freie Hand zu lassen. Ein ausgesprochener Parteierfolg hätte jedoch automatisch eine gewisse Abhängigkeit geschaffen. Vor allem die Wahl des Vizepräsidenten zeigte aber, daß der Sieg Quadros' ein eminent persönlicher ist. Hier hatte von Anfang an der dissidente Führer der Arbeiterpartei, der junge Fernando Ferrari seine Kandidatur angemeldet. An der Seite Marschall Lotts ließ sich der bisherige Vizepräsident João Goulart — allerdings etwas widerstrebend — noch einmal portieren. Die NDU gedachte nicht, neben der Kandidatur des Präsidenten auch diejenige des Vizepräsidenten aus der Hand zu geben. Eine erste Nomination zeigte sich als zu wenig durchschlagskräftig und wurde zurückgezogen. In dieser Situation hätte die Partei nur Ferrari unterstützen können. Sie zog es vor, wiederum einen eigenen Kandidaten, den erfahrenen ehemaligen Gouverneur des Staates Minas Gerais, Senator Milton Campos, aufzustellen. In einem dramatischen Rennen wurde dieser aber von João Goulart knapp überflügelt. Allerdings haben andererseits bei den gleichzeitig in mehreren Staaten stattfindenden Gouverneurswahlen die Kandidaten der NDU fast durchwegs gesiegt. Aber der zum Gouverneur von Minas Gerais gewählte Parteipräsident der NDU, Magalhães Pinto, erklärte in sympathischer Bescheidenheit selbst, dies sei mehr ein Ausdruck des Volkswillens, «zu ändern», als ein Sieg der Partei.

So ist festzustellen, daß die Parteien allgemein etwas geschwächt aus der Wahl hervorgingen. Daran ändert auch die knappe Wiederwahl João Goularts als Vizepräsident nichts. Einmal verhielt er sich Marschall Lott gegenüber nicht absolut loyal, sondern unterstützte heimlich auch die Bewegungen, die eine Wahlverbindung Jânio Quadros — João Goulart oder Adhemar de Barros — João Goulart propagierten. Vor allem aber erlitt er in seinem Heimatstaat Rio Grande do Sul, der als «Festung» der Arbeiterpartei galt, und von dem aus Getúlio Vargas zu seiner Revolution aufgebrochen war, durch

Fernando Ferrari eine bittere Niederlage. Es ist deshalb fraglich, ob Goulart seine Spitzenposition auf nationaler Ebene sowie innerhalb der Arbeiterpartei wird halten können.

Die Schwächung der Parteien hat allerorten die Diskussion über Neu- und Umbildungen aufflammen lassen. Dies liegt durchaus im Interesse der reifenden brasilianischen Demokratie. Denn die Parteien sind bisher ihrer Aufgabe als Kristallisationspunkte der demokratischen Meinungsbildung nicht nachgekommen. Anstatt der Strukturierung dieser Demokratie dienten sie vielmehr der Verfolgung persönlicher Ziele der Mitglieder und vor allem der Führer. Dabei konnten sie bisher auf eine gutgläubige, unaufgeklärte Volksmasse bauen. Sie werden nun neue, mehr auf das allgemeine Interesse gerichtete Anstrengungen unternehmen müssen, um diesen guten Glauben zurückzugewinnen. Es wird auch das Arsenal der Propaganda-Schlagworte etwas zu säubern sein, nachdem weder der «Nationalismus» noch die «Verstaatlichung» und der «Kampf gegen die Ausnützung durch das ausländische Kapital» die nötige Zugkraft erwiesen haben.

In welche Richtung wird Jânio Quadros Brasilien führen? Der neue Präsident hat seine politische Karriere auf der Devise «Arbeit und Ehrlichkeit» aufgebaut. Zu seinem Symbol wählte er den «Besen». Daß die Devise und das Symbol nicht bar jeder Realität sind, hat er vor allem als Gouverneur von São Paulo gezeigt. Es ist ein gutes Omen für die junge brasilianische Demokratie, daß das Volk dieser Devise und diesem Zeichen vertraute. Jânio Quadros wird das Land nicht enttäuschen können. Die Moralisierung der Verwaltung wird deshalb eine seiner Hauptaufgaben bilden müssen. Diese Säuberung, das heißt vor allem die Ausschaltung der vielen überflüssigen «Gefälligkeitsposten» und der Kampf gegen die Korruption bei der Vergebung der riesigen Staatsaufträge, wird auch die Staatsfinanzen etwas entlasten.

Präsident Quadros wird oft gewisser Linkstendenzen verdächtigt. Allerdings bekämpften ihn gleichzeitig die brasilianischen Kommunisten als einen «Söldling des ausländischen Kapitals». Die Einreihung unter die Linksstehenden verdankte Quadros vor allem seiner Reise nach Kuba auf Einladung Fidel Castros und seinen wiederholten Sympathiebezeugungen für die kubanische Revolution. Weiter zurück liegen gewisse andere Manifestationen, wie etwa die Unterstützung verschiedener «Friedens- und Anti-Atombombenbewegungen» oder die Unterzeichnung des Protestes gegen die Verwendung bakteriologischer Waffen im Korea-Krieg. Während seiner Wahlkampagne und in seinem ersten Presseinterview nach dem Sieg bekräftigte er aber wiederholt sein Vertrauen in die Privatwirtschaft, seine Freundschaft gegenüber den USA und seine Ansicht, das Problem zwischen den USA und Kuba solle auf der Interamerikanischen Konferenz besprochen und gelöst werden, eine Ansicht, die sich mit derjenigen der USA deckt und im Widerspruch zu jener Fidel Castros steht. Nach außen wird Quadros allerdings die Politik einer vermehrten Selbständigkeit gegenüber den USA, die von Präsident Kubitschek vorsichtig begonnen wurde, etwas weiter ausbauen. Er wird versuchen, Brasilien eine gewisse Führungsposition in der Gruppe der Entwicklungsländer zuzuspielen, eine Rolle, zu der Brasilien durch seine Größe, seinen Entwicklungsstand sowie durch seine gemäßigte Haltung einer reifenden Demokratie gewiß gute Voraussetzungen mitbringt.

Das Hauptgewicht seiner Regierungstätigkeit wird aber auf innenpolitischem Gebiet zu liegen haben. Vom Kampf gegen die Korruption wurde bereits gesprochen. Die finanzielle Situation Brasiliens ist bekanntermaßen schlecht. Jährliche riesige Staatsdefizite können nur durch fortwährende Erhöhung des Notengeldbestandes aufgefangen werden. Große Auslandsschulden werden in nächster Zeit fällig. Ein kompliziertes, exporthinderndes System von Wechselkursen kann nur allmählich ohne große Gefährdung der ökonomischen Lage abgebaut werden. Ein nicht zu unterschätzendes Problem bildet auch die neue Hauptstadt. Es mehren sich die Stimmen, die eine Rückkehr des Kongresses nach Rio de Janeiro fordern. Marschall Lott gab nach seiner Niederlage zu, er habe die Absicht gehabt, die Hauptstadt wieder nach Rio zu verlegen. Jânio Quadros dagegen verpflichtete sich, seinen Regierungssitz

wirklich in Brasilia aufzuschlagen. Hierfür braucht es energische, kostspielige Maßnahmen.

Die Parteien, die Quadros im Wahlkampf unterstützten, bilden nur eine parlamentarische Minderheit. Es ist allerdings fraglich, ob die bisherigen Regierungsparteien im Parlament geschlossen als Opposition auftreten werden. Sie hatten sich zu sehr an die bequeme Anlehnung an die Regierung gewöhnt, wobei mit einer Zustimmung auch gleich ein angemessener Preis eingefordert werden konnte. Die Macht des Präsidenten ist aber jedenfalls so groß, daß er notfalls auch mit einem oppositionell eingestellten Parlament regieren kann.

Jânio Quadros bringt für seine Aufgabe ausgezeichnete Referenzen mit. In ganz ähnlicher Situation hatte er als neugewählter Gouverneur den Staat São Paulo angetroffen, den Staat, dessen ökonomische Situation sich heute wohl sehen lassen kann. Diese augenfällige Entwicklung war mit das Verdienst des damaligen Finanzchefs der Regierung Quadros, des heutigen Gouverneurs von São Paulo, Prof. Carvalho Pinto. Dieser wird zweifellos auch die Richtlinien der Finanzpolitik Brasiliens festlegen. Quadros hat bereits betont, er werde keine Deflationspolitik betreiben, sondern die Politik der wirtschaftlichen Entwicklung weiterführen, aber ohne Inflation. Im übrigen wird sein Geschick in der Auswahl fähiger Mitarbeiter dank seiner Unabhängigkeit voll zur Geltung kommen können.

Präsident Quadros ist ein eigenwilliger Herr. Seine Gegner warfen ihm immer wieder eine mangelnde Ausgeglichenheit vor. Er mag im Verlaufe seiner Karriere machmal etwas exzentrisch erschienen sein. Seine schlechtsitzenden Anzüge, sein Kampf mit Krawatten und seine Unrasiertheit waren sprichwörtlich. Er hat aber im Verlauf seiner Wahlkampagne bewiesen, daß er sich zu zügeln versteht: als einziger der Kandidaten ließ er sich nie zu persönlicher Verunglimpfung seiner Gegner hinreißen. Sein Temperament, seine Kampfkraft, gepaart mit einer großen Intelligenz, sollten es ihm ermöglichen, die Voraussetzungen für ein neues Erblühen Brasiliens zu schaffen, eines Landes, dessen natürliche Reichtümer ihm einen Platz unter den führenden Wirtschaftsländern der Erde sichern könnten. Wenn diese Vorarbeiten gelingen, wenn Quadros die Hoffnungen erfüllt, die in ihn gesetzt wurden, dann mag die Aufgabe des eigentlichen Ausbaues der unerschöpflichen Reserven des Landes seinem Nachfolger zufallen, der Prof. Carvalho Pinto heißen könnte, ein eminent apolitischer Regierungstechniker, dessen Werk als Gouverneur von São Paulo — man erinnert sich an seinen 100-Milliarden-Cruzeiros-Aktionsplan, durchgeführt ohne jede Erhöhung der Steuern — ihn fast schlagartig zu einem der angesehensten Männer Brasiliens gemacht haben.

So ist zu hoffen, daß Brasilien endlich den Weg finden werde, um aus einem ewigen «Land der Zukunft» zu einem kraftvollen «Land des Jetzt» zu werden.

Lopar

DAS LEBEN IM KIBBUTZ

«Das gelobte Land sehen und dann sterben», war ein weitverbreitetes Wort unter alten Einwanderern nach Israel, dem Land «wo Milch und Honig fließt». Inzwischen hat der aufwärtsstrebende Wille der jungen Generation unter Entsagungen und Kämpfen einen Staat geschaffen, der *leben* will, sei es auch unter schwersten Bedingungen. Jenen das Leiden bejahenden «Luftmenschen», wie die Israelis sagen, hat der selbstbewußte Selfmademan abgelöst. Ohne Schielen nach Karriere und Verdienst bekennt er sich zu seiner harten Gegenwart. Im Leben des Kibbutz äußert sich diese ganz neue Gesinnung des jüdischen Volkes am deutlichsten.

Erste Anfänge

Daß diese kollektive Lebensform, die in den Kolchosen russischer Kommunisten und den

Siedlungen texanischer Pioniere ihre Vorläufer hat, dennoch eine einzigartige Besonderheit Israels ist, zeigt schon der schwer übersetzbare Name «Kibbutz».

«Kibbutz Galujot» bezeichnet die Sammlung des in der Zerstreuung lebenden jüdischen Volkes. So weist das Wort «Kibbutz» auf die ersten Siedlungsversuche von Juden in Palästina um die Jahrhundertwende zurück. Zwei Hauptfaktoren führten zur Gründung des ersten Kibbutz im Jahre 1909: *Einmal* die Tatsache, daß die ersten Einwanderer hauptsächlich aus Rußland stammten, also eine Vermischung kommunistischer und zionistischer Ideen stattfand. *Sodann* die Wirklichkeit des Landes selbst, das weithin verödet und versumpft war. Ein ungewohntes Klima, Überfälle und Malariagefahr waren Unbillen, deren sich der einzelne Landwirt nicht erwehren konnte. Hier vermochte der Gruppenwille den Gefahren des Landes besser zu trotzen als der selbständige Siedler.

Einige Fellachenbauern waren alles, was die ersten Pioniere von der blühenden Kultur des alten Palästina vorfanden. Daß aus Wüsten wieder Gärten wurden, hat Israel jenen mutigen Einwanderern zu danken, die mit Spaten und Schwert das Land besiedelten. Neben der *landwirtschaftlichen* Bedeutung der Kollektivs war die *strategische* zumindest gleichbedeutend. Dank einer weitgestreuten Neuansiedlung qualifizierter Kampfgemeinschaften konnte Israel im Jahre 1949 einen zahlenmäßig überlegenen Feind besiegen.

Die Situation im neuen Staat

War die Ansiedlung unter der englischen Mandatsregierung noch illegal und unsicher, so trat seit 1948 eine Stabilisierung der Lage ein. Aus der Kibbutzbewegung entstanden zwei Parteien, die sich besonders für die Idee des Kibbutz einsetzten: die Achdut H'Awoda und die Mapam. Daneben sind in den Siedlungen die verschiedensten parteipolitischen Richtungen anzutreffen. Von den 230 Kibbutzim, die es heute in Israel gibt, gehören 73 der linkssozialistischen Partei (Mapam), 61 der zionistisch-sozialistischen Arbeiterpartei (Achdut H'Awoda), 80 der gemäßigt sozialistischen Regierungspartei (Mapai) an. Ein kommunistischer und 10 religiöse Kibbutzim sind ebenso vertreten.

Die Mehrzahl dieser Siedlungen entstand nach dem ersten Weltkrieg, weil damals die meisten Einwanderer aus Europa nach Palästina kamen. Da dieser große Einwandererstrom versiegte, mußten neue Nachwuchsquellen gefunden werden, wenn die Bewegung nicht im Sande verlaufen sollte. Die Jugendbewegungen der verschiedenen Parteien und die Armee — der Schmelztiegel dieses heterogenen Volkes — bilden im heutigen Israel die geistige Heimat aller jungen Kibbutzmitglieder.

Im Gegensatz zur Zwangskollektivierung kommunistischer Länder geschieht der Eintritt freiwillig. Ob der Neueingetretene sein ganzes Leben im Kibbutz verbringt oder nach einer kurzen Besuchszeit das entsagungsvolle Dasein im Kollektiv dem angenehmeren in der Stadt vorzieht, hängt von der Entscheidung des einzelnen ab.

Von einer staatlich gelenkten Kollektivierung kann keine Rede sein. Nur 30% der landwirtschaftlichen Siedlungen sind Kibbutzim, während 70% der Dörfer auf privater oder genossenschaftlicher Basis arbeiten.

Die Freiheit, die jedem Mitglied gelassen wird, ist ein besonderes Kennzeichen dieser Gemeinschaft. Angesichts der Fülle von Erfahrungen im Befreiungskrieg, da jeder Tag eine neue, ungewisse Zukunft brachte, ist das Denken dieser jungen Generation, sowohl im Blick nach rückwärts wie nach vorwärts, undogmatisch, ungebunden, trunken von Möglichkeiten. Noch sperren weder Gesetze, Satzungen oder ideologische Maximen das Leben in einen ehernen Rahmen. Vielmehr trifft das Kollektiv als Ganzes wie seine einzelnen Mitglieder in freier Verantwortung jene Entscheidungen, von denen die Zukunft des gemeinsamen Lebens abhängt.

Wer wie ich die Gelegenheit hatte, einen Kibbutz von innen her kennen zu lernen, kann darum das Erlebte niemals verallgemeinernd auf die Gesamtheit der Kibbutzim übertragen. Gleichwohl stimmen die verschiedenen Erscheinungsformen in ihrer Grundstruktur überein.

Kommunismus und Demokratie

Wie in der Kolchose gehören auch im Kibbutz die Produktionsmittel dem ganzen Kollektiv; jedes Privateigentum ist aufgehoben. Das Land wird vom jüdischen Nationalfonds gepachtet, der 80% des israelischen Bodens verwaltet. Jungen Siedlungen gewährt die Jewish Agency, bis sie selbständig werden, billige Kredite und Subventionen. Seinen Mitgliedern sichert der Kibbutz neben dem Lebensunterhalt, angefangen bei der Kleidung bis hin zu den spezial-kurzen Zigaretten, gesundheitliche Betreuung, Erziehung der Kinder und einen gesicherten Lebensabend. Da innerhalb der Siedlung das Geld seines Wertes beraubt ist, weil alle lebensnotwendigen Dinge aus dem Magazin bezogen werden, genügt für private Zwecke ein kleines Taschengeld.

Neben dem Magazin hat der Speisesaal, der «Hader 'Ochel», eine noch größere Bedeutung. Der ernste und fröhliche Teil des gemeinsamen Lebens spielt sich in diesem Raum ab, der in seiner Schlichtheit an ein klösterliches Refektorium erinnert. Die Mahlzeiten und Sabbathfeiern, die wöchentlichen Kinoveranstaltungen und Voträge, nicht selten eine festliche Hochzeit und nicht zuletzt heftige Diskussionen in den Plenarsitzungen der Regierung bringen Leben in diesen unscheinbaren Barackenraum.

Der freiheitlichen Gesinnung dieser Gemeinschaft entsprechend, herrscht die demokratische Regierungsform. Alle Mitglieder haben in der Generalversammlung, dem obersten Organ dieses Staates im Staate, gleiches Stimmrecht. Alljährlich wählt sich der Kibbutz ein Sekretariat und ein sogenanntes Reklamationskomitee, welches gleichsam die zweite Kammer bildet, aber nur bei seltenen Zweifelsfällen in Aktion tritt. Dem Sekretariat sind die verschiedensten Komitees untergeordnet, die man nach Wirtschafts- und Sozialwesen aufgeteilt hat. Aber in vielen Fällen, wie zum Beispiel der Neuaufnahme eines Mitgliedes, entscheidet direkt die Generalversammlung.

Als gemeinsames Verständigungsmittel dient das aus dem alten Hebräisch entwikkelte «Iwrit», ohne das sich deutsche, polnische, englische oder marokkanische Einwanderer untereinander nicht verstehen könnten. Doch in den meisten Kibbutzim leben heute schon Sabres, das heißt im Lande Geborene, obwohl man in älteren Siedlungen auch auf rein deutschsprachige Gemeinschaften stoßen kann.

Aristokraten der Arbeit

Da der Norden des Landes aus fruchtbarem Boden, der Süden hingegen fast nur aus Wüsten besteht, zählen die Siedlungen am See Genezareth zu den größten. Hier entstehen Bananen-, Dattel- und Orangenpflanzungen, während man im öden Negev die ersten Versuche mit Pfirsich- und Kaffeeanbau macht. Je nach der Fruchtbarkeit des Bodens schwanken die Mitgliederzahlen der «Chaverim» zwischen 60 und 2000. «Chaver», was etwa unserem «Genosse» entspricht, kann sich der Neueingetretene erst nach Jahresfrist nennen. Ähnlich den Novizen im Kloster hat er eine Probezeit zu durchlaufen, an deren Ende er sich zur Lebensform des Kibbutz bekennt.

Dieses Leben besteht zunächst in harter körperlicher Arbeit. Bis zu 13 Stunden stehen die Chaverim zum Beispiel an der Erdnußerntemaschine oder bewässern die Zitrusplantagen. Manche Siedlungen unterhalten auch Handwerksbetriebe oder sogar eine eigene, kleine Industrie. Jedem teilt der Arbeitsminister je nach seinen Fähigkeiten die ihm gemäße Aufgabe zu. Sind die Frauen und Mädchen meist in der Küche, der Wäscherei und den Kinderhäusern anzutreffen, so finden sich für die Männer vom Melker bis zum Orangenspezialisten die verschiedensten Aufgabenbereiche. Selbst wenn zur Zeit der Erdnußernte wegen Kräftemangels die Arbeitseinteilung zu ändern ist, vollzieht sich dies mit einer Selbstverständlichkeit, die verblüffend wirkt. Kommandoworte kennt man nicht. Jeder fügt sich dem ungeschriebenen Gesetz der Gemeinschaft, das selbst die härteste Arbeit heilig erklärt. Ihren eigentlichen Sinn erhält jede Aufgabe, wenn sie in ihrer Weise dem Kibbutz als Ganzem förderlich und nützlich ist.

So findet sich auch für die geistigen In-

teressen der «Chaverim» neben aller physischen Arbeit Raum genug. Denn der Bildungsgrad dieser «Menschen vom Lande» liegt unverhältnismäßig hoch; in den meisten Kibbutzim haben etwa 50% die Maturität. Diese Tatsache erklärt die große Zahl von Politikern und Wissenschaftern, die aus einer solchen Siedlung hervorgehen. Obwohl nur 4% der Bewohner Israels im Kibbutz leben, ist ihr Einfluß auf die politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Struktur des Landes unverkennbar. Diese große Resonanz der Öffentlichkeit verdeutlicht, daß sich im Kibbutz eine neue, ernste Gemeinschaft zu Worte meldet. In ihr sehen viele Israelis den «Adel des Landes» vertreten.

Ein gediegenes archäologisches Wissen findet sich oft unter der Jugend, die dieses Studium als Steckenpferd betreibt. Verständnis für die ausgegrabenen Städte der Richter und Könige ist nicht verwunderlich, führt doch offenbar eine kontinuierliche Linie zum jungen Staat Israel. Wie in einem Hohlspiegel trifft sich hier späteste Vergangenheit und früheste Gegenwart.

Niemand versucht aus seinem Wissen Kapital zu schlagen. Kennzeichnend für den Opfermut und Hochsinn vieler Kibbutniks (Bewohner eines Kibbutz) ist die Haltung eines jungen Mädchens, das neben ihrer sechsstündigen Arbeit im Fernstudium das Staatsexamen an einer pädagogischen Akademie bestanden hatte. Auf die Frage, warum sie nicht weiterstudieren wolle, antwortete sie nur: «Ich sehe meine Lebensaufgabe in der Errichtung der ersten kleinen Schule meines Kibbutz.»

Erziehung zum Leben in Gerechtigkeit

Nicht ohne Grund ist die Frage der Erziehung besonders brennend. Ob die Kinder wie die der normalen Grundschulen erzogen werden oder eine besondere Schulung durchlaufen sollten, stand in Frage. Man entschied sich für eine betont gemeinschaftliche Aufzucht und Erziehung der Kinder. Sobald das Baby geboren ist, kommt es in die sogenannte «Krippe», einem eigens für die Kleinsten der Kleinen errichteten stattlichen Hause, wo es bis zum dritten Lebensjahr bleibt. Dann übernimmt es der Kindergarten, bis dem Sechsjährigen die Kibbutzschule die Tore öffnet. Erst mit seinem 18. Lebensjahr tritt der junge Israeli aus der Geborgenheit des kollektiven Heimes heraus, um sich ein Jahr lang in der übrigen Welt umzusehen. Nach dieser Frist kann er sich schließlich für oder gegen das gemeinschaftliche Leben entscheiden.

Doch neben diesem Erziehungsplan bleiben die Rechte der Familie bestehen; sie ist immer noch Grundzelle der Gemeinschaft. So nehmen die Eltern ihre kleineren Kinder jeden Abend nach der Arbeit in ihre Wohnung, um mit ihnen zu spielen. Von einer Entfremdung zwischen Eltern und Kindern ist nichts zu spüren, vielmehr ist das Verhältnis besonders eng und liebevoll.

Daß die jüdischen Gesetzesvorschriften in der Frage der Erziehung von Bedeutung sind, mag selbstverständlich erscheinen. Nichts wäre irriger als das. Eine größere Freiheit im Einhalten orthodoxer Gebote, wie zum Beispiel dem koscher Essen oder dem Ruhen am Sabbath kann man sich kaum denken. Gleichwohl bleiben gewisse Bräuche des religiösen Judentums erhalten. So versammeln sich alle am Freitag abend zum festlichen Mahl. Danach entzündet man die Sabbathkerze und verliest einige Worte aus der Thora. Auch die Feste des orthodoxen Judentums feiert der Kibbutz in veränderter Form. So verwandelt sich das tief religiöse Erneuerungs- und Versöhnungsfest «Rosch H' Schanah» in ein fröhliches Erntedankfest mit Singen und Tanzen. Diese Entwicklung, welche Natur und Religion miteinander in Einklang zu bringen sucht, verschmähen die Orthodoxen als üble «Blut- und Boden-Theorie».

Und doch besteht eine Verbindung zwischen religiösen Traditionen der Judenschaft und dieser modernen Siedlungsweise, die in radikal anderer Weise als das orthodoxe Judentum dem Geist alter jüdischer Ordensgemeinschaften ein zeitgemäßes Gehäuse geschaffen hat. Vom hohen Gerechtigkeitssinn des jüdischen Volkes ist diese Lebensform geprägt. So beschreibt ein junges Kibbutzmitglied Sinn und Aufgabe seines Lebens mit folgenden Worten: «Wir wollen im

Zeitalter des fortschreitenden Atomismus ein echtes gemeinschaftliches Leben führen. Die Freiheit der Person zu achten und der Gerechtigkeit in unserem gemeinsamen Leben Ausdruck zu verleihen, ist unser Ziel.»

Festfreude in ernster Situation

In der natürlichen Kultur des Kibbutz feiert auch die den Juden eigene Freude am Tanz ihre Auferstehung. Von weit her reisen die Menschen aus der Stadt herbei, um sich bei einer Hochzeit am Tanzen und Singen des Kibbutzvolkes zu ergötzen. Zu einer entzückenden rhythmischen Begleitmusik von Handrasseln, Zimbeln und Schlagzeug tanzen einige Chaverim in bärtiger Vermummung und bebänderten Kostümen. Danach folgen lustige gemeinsame Volksreigen. Und dem fröhlich-wilden Horahtanz schließt sich unmittelbar ein dezenter Cha-Cha-Cha an.

Doch, wenn dann unter den in die Hände klatschenden Tänzern plötzlich eine finster aussehende Gestalt, die Maschinenpistole über der Schulter, auftaucht, wirkt das auf den Europäer zumindest befremdend. Aber dieses Bild kennzeichnet treffend den ganzen Ernst der Situation eines Grenzkibbutz. Es gibt deren viele im Lande, denn in Israel ist man nie weiter als 30 Kilometer von einer feindlichen Grenze entfernt. Darum haben in vielen Grenzkibbutzim die Männer und unverheirateten Frauen in wöchentlichem Wechsel als «Wächter Zions» bei Nacht auf dem Posten zu sein. Obwohl es in letzter Zeit nicht zu schwereren Grenzzwischenfällen gekommen ist, muß doch jederzeit mit einem Neuentflammen des alten Zwistes gerechnet werden. Diese bedrängende Wirklichkeit beleuchtet das Wort eines Kibbutzniks in aller Schärfe: «Wir stehen hier immer mit dem Rücken gegen das Meer!»

Das Wort von Theodor Herzel: «Der Ring der Feinde wird euch einen», hat auch heute seine Bedeutung nicht verloren. Dieser Festungscharakter des Landes wirkt sich auch psychologisch auf die Menschen aus und ist vielleicht der tiefere Grund für das Fortbestehen dieser ganz anderen Kolchosen.

Christoph von Bodelschwingh

EIN GROSSER SCHWEIZER — HENRY DUNANT

Gedenkfeier in Heiden

Wenn man auf Dunants Spuren durch die liebliche Gegend, die zwischen Rorschach und Heiden liegt, bergaufwärts fährt, wenn man nach einer Kurve plötzlich den Bodensee erblickt — der an mehr als einer Stelle an den Genfersee erinnert —, kann man dem abgekämpften Wanderer von damals nachfühlen, wie sehr ihn diese reizvolle Landschaft gefangen nahm. Er wünschte sich deshalb nichts anderes mehr, als hier seinen Lebensabend zu beschließen.

Der altbekannte Kurort ist in eine Mulde eingebettet, auf deren östlichen Flanke das Gotteshaus steht. Auf der andern Seite liegen sanft ansteigende Hügel. Die Morgensonne streift sie und sie leuchten auf in ihrer herbstlichen Pracht.

Kurz nach neun Uhr erklang das Glokkengeläute, und aus allen Richtungen strömten die Kirchgänger herbei. Sie wußten, daß dieser 30. Oktober — ein Sonntag, wie damals, als der große Menschenfreund seine Augen für immer schloß und zu Tal getragen wurde, um im Zürcher Friedhof begraben zu werden — ein bedeutungsvoller Gedenktag ist. Ein halbes Jahrhundert ist seither verstrichen, und die Heidener dürfen stolz darauf sein, daß der damals von der Welt vergessene, heute jedoch überall gefeierte Pionier der Rotkreuzbewegung in ihrer Mitte Geborgenheit und eine neue Heimat finden durfte.

Der Pfarrer hatte seine Predigt auf das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter auf-

gebaut. Mit eindringlichen Worten mahnte er, Dunants zündendem Beispiel nachzuleben, sein Gedankengut vor negativen Einflüssen zu bewahren und in tiefer Dankbarkeit seiner zu gedenken. Er sprach von dem heute weltumspannenden Werk und den Genfer Abkommen, die Millionen von Menschen Schutz gewähren.

Nach dem erbauenden Gottesdienst begaben sich die Kirchgänger zum Krankenhaus. Eine große Rotkreuzflagge schmückte die Hauptfront und eine zweite das eine Fenster des lichten Eckzimmers, in dem Dunant die zwölf letzten Jahre seines Lebens verbrachte.

Zwei Schwestern — von der gleichen Schwesternschaft, die den müden Wanderer gepflegt hatten — hielten einen prachtvollen Kranz aus weißen Chrysanthemen, über welche sich zwei rote Seidenbänder zum Kreuz spannten. Die Realschüler sangen vor und nach den Ansprachen sinnvolle Lieder. Herr Dr. Niederer, der Chefarzt, begrüßte mit herzlichen Worten die Gäste und Anwesenden und gab Herrn Olgiati das Wort. Herr Rodolfo Olgiati, Mitglied des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, hielt im Namen seiner Kollegen die feierliche Rede. Von vielem wußte er zu berichten, das noch nicht in den Büchern steht, denn er hatte es sich nicht nehmen lassen, in Heiden Menschen aufzusuchen, die Dunant noch gekannt haben. Deshalb hatten auch seine Worte einen so echten, warmen Klang. Er ließ den barmherzigen Samariter von Solferino mit dem wechselvollen Schicksal erstehen, dessen Abgeschiedenheit einmal noch unterbrochen wurde, als ihn ein Journalist in Heiden entdeckte. Die ganze Welt horchte damals auf, denn in der Zwischenzeit war ja das von ihm erdachte Werk zur größten internationalen Gemeinschaft angewachsen. Die Überreichung des ersten Friedens-Nobelpreises, im Jahre 1901, brachte nicht nur neuen Ruhm, sondern erhellte auch in greifbarer Weise seinen Lebensabend, bot ihm die hohe Auszeichnung doch die Möglichkeit, noch einmal großzügig handeln zu dürfen und die erhaltene Gabe an Bedürftige zu verteilen.

Mit großer Aufmerksamkeit folgte die Versammlung Herrn Olgiatis Ausführungen. Insbesondere auf den gespannt lauschenden Gesichtern der Jugendlichen spiegelte sich die Freude beim Gedanken, daß an diesem bedeutungsvollen Tage die Welt des Gründers des Roten Kreuzes, aber auch des Ortes gedachte, an welchem dank Dr. Altheer und seiner Freunde, der von Alltagssorgen schwer Geplagte eine Zuflucht, neue Kräfte und Beglückung durch seine Naturschönheiten finden durfte. Nur vorübergehend verdüsterten Anflüge von Auflehnung gegen das frühere Schicksal seine edlen Züge. War es ihm nicht vergönnt, die Verwirklichung seiner Ideen zu erleben? Er durfte deshalb mit der Gewißheit sterben, daß sein Werk unsterblich bleiben werde.

Marthe Iconomow

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Internationale Probleme der Wirtschaft

Von Fortschritten in einer Annäherung zwischen den Wirtschaftsblöcken Westeuropas konnte während der Berichtsperiode von September bis November 1960 nicht die Rede sein, im Gegenteil: der Widerstand aus den Commonwealth-Staaten auf ihrer Septemberkonferenz in London gegen eine Zusammenarbeit Großbritanniens mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die während des Novembers in derselben Stadt zwischen dem 7. und 9. 11. in «inoffiziellen» Beratungen (wie sich der «Economist» am 18. 11. ausdrückt) zutage getretenen Bestrebungen der EFTA-Länder nach Festigung ihres Bündnisses haben die Aussichten auf einen in absehbarer Zukunft herzustel-

lenden Brückenschlag zwischen den beiden Staaten-Organisationen nicht gerade verbessert. Über die Commonwealth-Konferenz orientieren die Wiener «Industrie» am 9. 9. und der «Economist» am 10. und 24. 9. sowie am 8. 10; die Ergebnisse der EFTA-Diskussion und insbesondere den dabei von Dr. Walter Boveri gemachten Vorschlag auf Einräumung der Empire-Präferenzen an die Kleine Freihandelszone würdigen «La Suisse Horlogère» am 11. und der Frankfurter «Volkswirt» am 19. 11. Obgleich die Wirtschaftspresse auch in den letzten Monaten von Berichten über die verschiedenen Aspekte der *Integration* gefüllt war, hat doch offenbar ihr oft vergeblich bekundetes Interesse an der ökonomischen Verständigung nachgelassen. Es mag daher im heutigen «Querschnitt» genügen, nur mit kurzen Stichproben der wichtigsten Presseartikel auf diesem Gebiete zu gedenken. Als ein nach seiner Meinung geeignetes Fundament für die Konvention zwischen der EWG und der EFTA empfiehlt Professor Dr. Hans Bachmann (St. Gallen) in Heft III der «Außenwirtschaft» (das wir in der November-Ausgabe der «Schweizer Monatshefte» ausführlich besprochen haben) eine zollpräferentielle Behandlung der beiden Organisationen gegeneinander. Mit einem vielbeachteten Vortrag vor dem schweizerischen Bankiertag hat der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, am 10. 9. in Interlaken eine europäische Zollunion angeregt; darüber referieren die «NZZ» am 12. 9. (Nr. 252), die «Schweizerische Handels-Zeitung» (im folgenden kurz: «SHZ») am 15. und «Finanz und Wirtschaft» (im folgenden kurz: «F. u. W.») am 16. 9. Als «Ausweg aus der Sackgasse der Integration» bezeichnet die Wiener «Industrie» am 21. 10. den Vorschlag von Dr. Hans Igler, eine «europäische Handelsunion des freien Güteraustausches» auf der Grundlage einer fortschreitenden regionalen Zollsenkung zwischen den Sieben und den Sechs (also ähnlich dem vorher skizzenhaft angedeuteten Gedankengang des Professors Bachmann) zu etablieren. Über die «zolltechnische Harmonisierung» der EWG mit der EFTA und über «die wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen für eine Zollunion» unter ihnen verbreitet sich der Hamburger «Wirtschaftsdienst» im Oktober. Mit der Kritik, die Dr. W. Boveri in der letzten Generalversammlung seiner Gesellschaft an den bisherigen Methoden der europäischen Integration geübt hat, beschäftigen sich die Frankfurter «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» (im folgenden kurz: «Monatsblätter») im September. «Problemen der europäischen Integration» widmete sich auch der Verband schweizerischer Versicherungsgesellschaften gelegentlich einer Zürcher Arbeitstagung unter dem Vorsitz von Professor Dr. M. Großmann am 15. 6.; man verfolge in dieser Hinsicht die «Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift» vom September. «Die langfristigen Auswirkungen der europäischen Integration auf die schweizerische Volkswirtschaft» werden von Professor Dr. Alfred Boßhardt (Herrliberg), «die wirtschaftliche Integration Europas aus der Perspektive der EFTA» von Dr. Peter Aebi (Zürich) und «l'Intégration économique européenne et la communauté des Six» von Professor Maurice Byé (Paris) in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» im September beleuchtet. Die «SHZ» vom 20. 10. betitelt ihren Leitartikel: «EFTA – Strategie und Taktik.» Die Einstellung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu den ökonomischen Zusammenschlüssen in Europa schildert die «Agrarpolitische Revue» vom Sept./Okt. «Kritische Gedanken zum Integrationsproblem» schreibt Vincent C. Frank (Basel) in der «NZZ», Nr. 302 vom 2. 11., nieder, und am 16. 11. bringt die «NZZ» in Nr. 316 «Perspektiven des Außenhandels von EFTA und EWG». Schließlich sei auf zwei Ausarbeitungen von Hans Steffen in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» (im folgenden kurz: «SA-Z») aufmerksam gemacht: am 28. 10. schildert er die «wirtschaftlichen Blockbildungen in der ganzen Welt» (ein Thema, das auch vom «Economist» am 19. 11. aufgegriffen wird) und am 4. 11. die «Integrierung der Integrationsbestrebungen». Mit besonderer Betonung soll darauf hingewiesen werden, daß seit dem Oktober in deutscher und englischer Sprache eine

Monatszeitschrift mit würdiger Aufmachung, die «EFTA», aus dem Verlag Wilhelm Frick in Wien, erscheint, als deren vornehmstes Ziel ihr Herausgeber die Hilfe zur Erzielung besserer Kontakte zwischen den EFTA-Staaten bezeichnet. In der ersten Nummer finden wir eine Reihe von Artikeln namhafter Politiker und Wirtschaftler aus dem EFTA-Bereich über die Interessen der EFTA-Länder an Gedeihen und Erfolg der Kleinen Freihandelszone.

Die aus der bisherigen *OEEC* (Organization for European Economic Cooperation) sich entwickelnde, also im statu nascendi befindliche OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) ist für die Zeitspanne solcher Umformung aus dem Blickfeld der Wirtschaftspresse ziemlich verschwunden. Es sind nur die «NZZ» am 14. 9. (Nr. 254) und am 19. 11. (Nr. 319) sowie die «SHZ» am 15. 9., die auf diese Neugründung eingehen, und die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft heben im Oktober die Unterschiede zwischen der alten und der neuen Organisation heraus. — Die Wirtschaftszeitschriften haben in dem Quartal, über das zu referieren ist, den Vorgängen im *GATT* lebhaftere Aufmerksamkeit erwiesen als denen um die OEEC. So gibt die «SHZ» am 1. 9. der Meinung Ausdruck, daß auf der an diesem Tage beginnenden fünften internationalen Zollkonferenz des GATT in Genf «Welthandelsfragen der Lösung harren», und am 24. 11. beklagt sie die «GATT-Session» als einen Mißerfolg. Die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» nennt am 10. 9. als Ziel dieser Konferenz «Assoziation statt Kompensation». Für den Frankfurter «Volkswirt» vom 17. 9. liegt in Genf die «Integration auf dem Prüfstand». Auch «La Suisse Horlogère» vom 22. 9. und die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom September gehen auf die Bedeutung der GATT-Verhandlungen ein. Außerdem verweist die «SHZ» am 3. 11. darauf, daß die Exportinteressen der Entwicklungsländer für das GATT neue Probleme aufwerfen. Aus dem Jahresbericht des GATT bringt die «NZZ» am 18. 11. in Nr. 318 lesenswerte Auszüge. Den «Abschluß der GATT-Session» meldet sie am 22. 11. in Nr. 322. — «Strukturimpulse auf die *Weltkonjunktur*» macht Dr. Herbert Groß (Düsseldorf) in «Wirtschaftsdienst — Betriebsführung» vom September namhaft. In gewohnt umfassender Weise gibt die «Weltwirtschaft» aus dem Kieler Institut mit Heft 1 von 1960 einen weltwirtschaftlichen Überblick, den sie mit Länder- und Marktberichten unterbaut. In der «SHZ» vom 15. 9. wirft Bundeswirtschaftsminister Erhard «ernste Probleme der Hochkonjunktur» auf. — Im Gebiete des *Kapital- und Geldmarktes sowie der Steuern* eröffnet zunächst der Leiter der Rechtsabteilung im Steueramt des Kantons Zürich, Dr. F. Zuppinger, mit der «Steuer-Revue» vom September dem Leser einen «Überblick über das internationale Steuerrecht». Die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft befassen sich im gleichen Monat mit den «Wandlungen am Geld- und Kapitalmarkt». In der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung», Nr. 9, fällt ein Artikel von Professor Dr. Wilhelm Röpke: «Volksaktie oder Volkskapitalismus?» auf. Auf die «internationale Entwicklung der Zahlungsbilanzen und Währungsreserven» geht die «NZZ» am 25. 9. in Nr. 264, auf «den Jahresbericht des internationalen Währungsfonds» am 26. 9. in Nr. 265 ein; mit diesem letzteren befaßt sich auch die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 1. 11. Der «Entwicklungsfinanzierung durch die Weltbank» gedenkt die «NZZ» am 28. 9. (Nr. 267), der «Schaffung der International Development Association» am 29. 9. (Nr. 268). Daß die Ausleihungen der Weltbank die 5-Mrd.-Dollargrenze überschritten haben, vermerkt «F. u. W.» am 28. 10. anerkennend. Jacques Ittensohn (Basel) macht in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» am 15. 10. die Merkmale der «Investment-Trust hüben und drüben» namhaft. Zum Abschluß sei auf Pressestimmen verwiesen, die der jüngsten Goldhausse nachspüren: die «SHZ» vom 27. 10., der «Volkswirt» und der «Economist», beide vom 29. 10., tun es mit besonderer Eindringlichkeit. Eine Goldabwertung lehnt Professor F. A. Lutz in einem Artikel der «NZZ» vom 13. 11. (Nr. 313) entschieden ab. Nach dem vorläufig ergebnislosen Besuch der Amerikaner Anderson und Dil-

lon in Bonn bringt der «Economist» zu rechter Zeit am 26. 11. eine Reihe von Artikeln, in denen die Zeitschrift auf die Frage eingeht, warum es in der Welt mit der Konvertibilität hapert.

Mager ist die Ausbaute aus der Presse hinsichtlich *sozialpolitischer Themen.* Allein die «SA-Z» und «Der Schweizer Arbeiter» wenden ihnen bestimmungsgemäß ein stärkeres Augenmerk zu. In der «SA-Z» vom 16. 9. wird die «soziale Entwicklung in der Welt» behandelt. Dieselbe Zeitung verneint am 8. 9. die Frage, ob eine «Erfolgsbeteiligung im Betrieb» zweckmäßig ist. — Das zeitgemäße Objekt der *Entwicklungshilfe* (in folgendem kurz: E.) dringt mit zunehmender Ausdehnung in die Wirtschaftszeitschriften ein. «Der Schweizer Arbeiter» unterrichtet seine Leserschaft am 1. 9. an führender Stelle über «Entwicklungsländer» und am 15. 9. über die «E.» mit besonderer Betonung der von der Schweiz aufgebrachten Leistungen. Die «SHZ» bringt neuerdings in regelmäßiger Folge eine besondere Beilage über Entwicklungsländer; am 8. 9. verdeutlicht hier Dr. Rolf Wilhelm (Zürich) Aufgaben und Wirkungen «privater Hilfswerke für Entwicklungsländer». In der Sondernummer der «SHZ» vom 9. 9. zum schweizerischen Bankiertag behandelt eine Reihe weiterer anerkannter Fachkenner, unter ihnen das Mitglied der Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt, Dr. E. Reinhardt, Minister Stopper und Professor Dr. R. F. Behrendt (Bern), die vielseitigen Aspekte der «E. als Aufgabe unserer Zeit». Ebenso schildert die «SHZ» am 3. 11. die bestehenden «Finanzierungsinstitute der westlichen E.». Mit ihnen beschäftigt sich auch der Leitartikel im Oktober-«Bulletin» der Schweizerischen Kreditanstalt. Überdies wird die «NZZ», ebenso am 3. 11. in Nr. 303, aus Paris über eine Konferenz vom 27. bis 29. 10. informiert, auf der die Methoden der E. besprochen worden sind. — Es verbleibt am Ende dieses Abschnitts noch auf einen Aufsatz von Professor Dr. A. Gutersohn (St. Gallen): «Die Automobilwirtschaft in den größeren europäischen Märkten» hinzuweisen, den die «Schweizerische Wirtschaftszeitung», Nr. 10, wiedergibt.

Von der Schweizer Wirtschaft und ihren Problemen

Während noch im September die Zukunft der *Konjunktur* in der Schweiz von den Wirtschaftszeitschriften zuversichtlich eingeschätzt wurde — so zum Beispiel von der «SHZ» am 1. 9. und auch in einer Besprechung des Bankrates der Schweizerischen Nationalbank vom 16. 9., über die die «NZZ» am 18. 9. in Nr. 258 berichtet —, setzt schon im Oktober ein gewisses Zögern im Urteil der Presse ein. Die «SHZ» z. B. versieht am 13. 10. eine redaktionelle Betrachtung: «Konjunkturwende» mit einem Fragezeichen. — Für den *Außenhandel* der Schweiz und ihre Uhrenexporte liefert «La Suisse Horlogère» am 29. 9. anschauliches Material. Die Wiener «Industrie» rühmt am 11. und 18. 11. den «EFTA-Optimismus in der Schweiz». — Was die *Sozialpolitik* betrifft, so ist nachträglich aus der amtlichen Berner «Volkswirtschaft» vom August als wichtig auf die Mitteilungen des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit über die Gesamtergebnisse der Lohn- und Gehaltserhebung vom Oktober 1959 hinzuweisen; demnach betrug der durchschnittliche Verdienst eines erwachsenen gelernten Arbeiters je Stunde 380 Rappen im Oktober 1959, 369 Rappen im Oktober 1958 und 283 Rappen im Oktober 1949. Auf diese Steigerung des Reallohnes macht auch die «SA-Z» am 2. 9. aufmerksam. Mit dem vom Bundesrat am 7. 10. gebilligten Entwurf eines allgemeinen Arbeitsgesetzes beschäftigt sich «Der Schweizer Arbeiter» am 13. und 27. 10. ebenso wie die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» am 15. 10. und die «SHZ», die am 24. 11. von «Fehlschlüssen in der Arbeitszeitfrage» spricht. — Über die Erfolgsbeteiligung der Arbeitnehmer in der Schweiz stellt «Der Schweizer Arbeiter» in seiner eben erwähnten Ausgabe vom 13. 10. Überlegungen an, und dies Problem wird auch in der «SA-Z» vom 30. 9., 7. und 14. 10. von Ernst Schwarb (Meilen) kritisch betrachtet. Die «SHZ» meldet am 6. 10. mit Befriedigung das «Ende Feuer im Buchdruckerkonflikt». «Neue Wege im sozialen Wohnungsbau» weist der geschäftsleitende

Sekretär des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Dr. Otto Fischer, am 19. 11. in der «Schweizerischen Gewerbe-Zeitung». Folgenschwer ist das «neue Arbeitsprogramm», das der Landesverband freier Schweizer Arbeiter aufgestellt hat und dessen Einzelheiten man in dem Presseorgan des Verbandes am 10. und 24. 11. verfolgen kann. — In seinem «Wochenbericht» vom 23. 9. räumt das Bankhaus Bär der *Preis*stabilität den Vorrang vor einer Stetigkeit des Zinsniveaus ein. Auf dem Gebiet der *Finanzen und Steuern* läßt sich die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» am 1. 10. mit der Feststellung vernehmen, daß «der Schweizer Franken nicht unterbewertet» ist. «Aktuelle Probleme der schweizerischen Investmenttrusts» werden in einer Broschüre der Schweizerischen Bankgesellschaft erläutert; die Schrift stammt aus dem Juli; sie wird verspätet zitiert. An führender Stelle beschäftigt sich die «SHZ» am 3. 11. mit der «Hausse der Bundesfinanzen». Der «Wochenbericht» von Bär ist am 21. 10. erfüllt von einem Kommentar über die «Schweizer Stellung im Dollar-Finanzverkehr». Die «Steuer-Revue» (Oktobernummer) warnt vor Übereifer bei der Besteuerung von Kapitalgewinnen. In der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift vom Oktober leiht Emile Marchand (Zürich) seine Feder einer Untersuchung über «die Bedeutung der Privatversicherung für den schweizerischen Kapitalmarkt». Der «Wochenbericht» des Bankhauses Bär widerlegt mit guten Gründen am 11. 11. die im Ausland verbreitete Auffassung, daß «die Schweiz ein Steuerparadies» bilde. Dem «schweizerischen Bankgewerbe» gilt eine Monographie aus der Feder von Dr. Max Oetterli (Basel) als Nr. 10 im Zyklus der «Wirtschaftsförderung»: «Stand und Probleme der schweizerischen Wirtschaft.»

Von dem *sonstigen Inhalt* der Wirtschaftszeitschriften beachtlich sind zunächst die Rapporte, mit denen die Presse die letztjährige Bankiertagung von Interlaken begleitet hat; sie finden sich unter anderm in einer Sondernummer der «SHZ» vom 9., in der «NZZ», Nr. 252 vom 12., und in «F.u.W.» vom 13. 9. Mit Beifall wird der Leser auch eine Beilage zur «SHZ» vom 22. 9.: «Armee + Wirtschaft» begrüßt haben, die Oberst Fritz König (Zürich) mit einem Artikel: «Die große Verantwortung» (bei der Armeereform) einleitet. Im Frankfurter «Volkswirt» vom 15. 10. wurden durch Dr. F. J. Kövér (Zürich) die «schweizerischen Überfremdungsängste» hervorgehoben. Die «SHZ» hat am 11. 10. ebenfalls eine Sondernummer anläßlich der Generalversammlung der Schweizerischen Studiengesellschaft für rationellen Güterumschlag erscheinen lassen; deren Blätter beginnen mit einer Schilderung der Arbeit der Gesellschaft durch den Zentralsekretär der SSRG, P. Leuenberger. Dr. Chs. Blanc (Bern) befaßt sich im «Internationalen Gewerbearchiv» vom September mit der «öffentlich-rechtlichen Ordnung des Ladenschlusses in der Schweiz». Die «SAZ» vom 30. 9. druckt eine Rezension der «schweizerischen Industriegeschichte» von Dr. Walter Bodmer (Zürich) ab, die im Verlage Berichthaus in Zürich erschienen ist. In der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung» vom Oktober stößt man auf eine farbige Darstellung der Tätigkeit der Augsburger Bankiers Fugger in der Schweiz, die der Präsident der Generaldirektion in der Schweizerischen Bankgesellschaft, Dr. A. Schaefer, verfaßt hat. Die Leitartikel des Nationalrats Dr. K. Häberlin in der von ihm redigierten «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» werden immer wieder gern gelesen; in Nr. 10 warnt er vor der verbreiteten Zuversicht, Wunder von der SBB zu verlangen. Von der «schweizerisch-amerikanischen Freundschaft» glaubt «F. u. W.» am 11. 11., sie sei zwar durch den Interhandel-Fall schwer belastet, aber man könne auf neue Perspektiven hoffen.

Informationen aus Ländern wirtschaftlichen Interesses für die Schweiz

1. Aus Europa: Zur «Finanzlage *Belgiens*» äußert sich umfassend das «Bulletin» Nr. 4 des Schweizerischen Bankvereins. Einen «Modellfall regionaler Integration» nennt die Wiener «Industrie» vom 4. 11. den am 1. November in Kraft getretenen Benelux-Staatsvertrag. — Wie man in der von der Schweizerisch-Dänischen Gesellschaft ver-

breiteten Zürcher Zeitschrift: «Kontakt mit *Dänemark*» vom November zu verfolgen vermag, hat der dänische Finanzminister, Dr. Kjeld Philip, sich in einem Berner Vortrag vom 14. 9. über «aktuelle dänische Wirtschaftsprobleme» geäußert. — Ein «Stimmungsbericht von der Leipziger Herbstmesse» steht im «Wirtschaftsdienst» des Schweizerischen Ost-Instituts vom 15. 9. «*Deutschland* und die Entwicklungshilfe» betitelt die «NZZ», Nr. 261 vom 22. 9., einen Bericht ihres Bonner Korrespondenten. Mit den Versuchen zur Eindämmung der westdeutschen Hochkonjunktur beschäftigt sich «F. u. W.» am 30. 9. «Wo liegt die Verantwortung für die Konjunktur?», so heißt eine Verlautbarung der Heidelberger «Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft» vom 1. 10.; sie hat Wolfgang Frickhöffer zum Autor. «Das Dilemma in der deutschen Konjunkturpolitik» wird von «F. u. W.» am 18. 10., «die deutsche Wirtschaftslage im Urteil der Bundesbank» von der «NZZ» am 10. 11. (Nr. 310) analysiert. — Wie vom britischen Standpunkt aus die *französische* Politik de Gaulles eingeschätzt wird, läßt der «Economist» am 15. 10. in einem Aufsatz: «The Fading General» erkennen. — «Das Experiment der Wirtschaftspolitik *Großbritanniens*, bei stabiler Währung eine ständige Expansion zu erhalten», interessiert das vorhin erwähnte «Bulletin» Nr. 4 des Schweizerischen Bankvereins. Die «NZZ» wird über «die britische Zinspolitik» am 17. 9. (Nr. 257) und über die «Diskontsenkung in England» am 28. 10. (Nr. 297) aus London orientiert. Außerdem entwirft Dr. George Abrahamsohn (London) im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Oktober einen Abriß der «pharmazeutischen Industrie» Englands. — Die «NZZ» veröffentlicht mit Nr. 250 vom 10. 9. eine Betrachtung über «die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in *Italien* und am 14. 10. (Nr. 283) eine Meldung von der «monetären Lage in den *Niederlanden*». — «Zur produktivitätsorientierten Lohnpolitik» in *Österreich* äußert sich die Wiener «Industrie» am 9. 9. Die in Wien erscheinende Wochenschrift «Die Furche» behandelt am 5. 9. den kulturellen und wirtschaftlichen Aufbau Oberösterreichs in ihren Spalten. Zu den «wachsenden wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten bei nachgebendem Aufschwungstempo» in der österreichischen Wirtschaft läßt sich die «NZZ» am 29. 9. (Nr. 268) vernehmen. «EWG und EFTA aus österreichischer Sicht» betrachtet Nationalrat Professor Fritz Klenner (Wien) im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Oktober. Auch heute wieder zeichnen sich die wöchentlich erscheinenden «Informationen aus Österreich» als für Interessenten instruktiv aus.

2. *Aus der übrigen Welt:* «Reisebericht eines Unternehmers» nennt Bankdirektor Herbert Prack (Wien) seine Expeditions-Erfahrungen: «*Afrika* — Europas Partner von morgen» in der Wiener «Industrie» vom 26. 8. und 2. 9. Auch «La Suisse Horlogère» vom 27. 10. schenkt diesem aktuellen Kontinent mit einer Abhandlung: «Afrika im Umbruch» ihre Aufmerksamkeit. — *Australien* ist nach dem Urteil der «SHZ» vom 15. 9. «ein interessanter Handelspartner»; die Zeitung bezeichnet am 29. 9. die Schweizer Wirtschaft als von Australien «umworben». — Der amerikanische Unterstaatssekretär Douglas Dillon hat laut «NZZ» vom 8. 9. (Nr. 248) auf der Interamerikanischen Wirtschaftskonferenz in Bogota während des Septembers zu dem Problem der Wirtschaftshilfe an *Lateinamerika* Stellung genommen. Für «La Suisse Horlogère» vom 15. 9. bedeuten die Ergebnisse dieser Konferenz «eine Etappe in der wirtschaftlichen Stabilität Lateinamerikas». — Über die ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten der *Mittelostländer* auf Grund ihrer Ölprofite unterrichtet Dr. Alfred Michaelis (New York) im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom September.

Wie früher, so zeigt auch jetzt «F. u. W.» ihre Anteilnahme an den Vorgängen in *Argentinien*. In ihren Ausgaben vom 13. und 20. 9. sowie vom 21., 25. und 28. 10. findet man aufklärende Meldungen über wirtschaftliche Geschehnisse in diesem Lande. «Die Wirtschaftslage Argentiniens» untersucht die «NZZ», Nr. 264 vom 25. 9., recht erschöpfend. — Daß die *brasilianische* Zahlungsbilanz ein hohes Defizit aufweist, stellt die «NZZ» in Nr. 249 vom 9. 9. fest; auch in Nr. 310

vom 20. 11. warnt sie vor dem «verstärkten Inflationsdruck», dem Brasilien ausgesetzt ist. — Eine «Wirtschaftsdebatte» im *indischen* Parlament beschäftigt die «NZZ» am 3. 9. (Nr. 243), die «Krisis des Außenhandels Indiens» den «Economist» am 10. 9. — Auf die «seltsame *japanische* Zahlungsmoral» verweist «F. u. W.» am 6. 9., auf das neue Importbudget Japans «La Suisse Horlogère» am 20. 10. — Über die wirtschaftliche Situation in *Nigeria* wird die «NZZ» am 2. 10. (Nr. 271) aus London informiert.

Wirtschaftsprobleme in den USA

Wie in der Schweiz so werden auch in den USA immer mehr Stimmen des Zweifels an der Beständigkeit der *Konjunktur* laut. Die vom «Börsen-Bulletin» der Schweizerischen Volksbank noch im September veröffentlichten Dow-Jones-Indices der New Yorker Börse — über «die Grundzüge der Dow-Jones-Theorie» unterrichtet «F. u. W.» am 7. und 14. 10. — lassen zwar, wieder wie in der Schweiz, erst ein geringes Ausmaß des Abschwunges erkennen. Aber schon am 1. 10. fordert der «Economist» «Courage for the Dollar», am 8. 10. spricht er davon, daß die Wall Street die Rezession vorwegnimmt; und am 21. 10. fragt Dr. Melchior Palyi (Chicago) in der «SA-Z», ob die amerikanische Rezession kontrolliert werden kann. — Einen recht nützlichen Überblick über «die *Zollgesetzgebung* der USA» vermittelt uns die Wiener «Industrie» am 28. 10. — In *anderen ökonomischen Bereichen* werden von der «NZZ» die Zahlungsbilanz-Probleme in den USA am 8. 9. (Nr. 248), 2. 10 (Nr. 271) und 24. 11. (Nr. 324), der «starke Goldabfluß» am 26. 9. (Nr. 265) und die «Krediterleichterungen» drüben am 28. 10. (Nr. 297) behandelt. Anläßlich der Präsidentenwahl hat das Wirtschaftsmagazin «Challenge» im Oktober eine Sondernummer publiziert mit der Devise: «Gleichgültig, wer gewinnt: die politischen und ökonomischen Realitäten bleiben dieselben». Das auch im November recht vielseitige «Challenge» bietet Dr. William Diebold jr. willkommene Gelegenheit, der zukünftigen amerikanischen Politik Wege zur Wahrung ihrer Interessen gegenüber den beiden europäischen Wirtschaftsblöcken zu weisen. An letzter Stelle sei hier «F. u. W.» vom 4. 11. zitiert, für die aus der amerikanischen Finanzmisère nur die Deflation oder eine Dollarabwertung als Alternative gegeben ist.

Wirtschaft im Sowjetblock und West-Ost-Handel

Den «Weltkommunismus als wirtschaftlichen Gegenspieler» kennzeichnet Anatol J. Michailowsky (München) in «Wirtschaftsdienst-Betriebsführung» vom Oktober und November. «Die Wahrheit über die Sowjetwirtschaft» deckt Leon M. Herman (Washington) in den «Monatsblättern» vom November auf. Wir entnehmen seinem Bericht die folgende, sonst selten zu findende Übersicht über die von ihm als «unfrei, unrationell und unproduktiv» genannte Fertigung der UdSSR, in Prozenten derjenigen der USA (diese = 100) ausgedrückt:

Jahr	1913	1940	1950	1957
Produktionsmittel:				
Kohle	6	31	44	85
Kraftstrom	8	26	22	27
Stahl	14	30	31	50
Rohöl	27	16	14	28
Zement	11	31	26	58
Lastkraftwagen	—	18	23	35
Werkzeugmaschinen	—	62	59	87
Verbrauchsgüter:				
Getreide	82	83	74	61
Fleisch	76	54	49	45
Milch	99	73	71	80
Pflanzenöl	49	57	32	51
Eier	42	31	20	37
Baumwollstoffe	33	53	32	50
Schuhe	23	71	44	53

Die gleiche Zeitschrift («Monatsblätter») rezensiert im November ein im Verlag J. G. B. Mohr (Tübingen) 1959 erschienenes Buch von Erik Boettcher: «Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheideweg.» Der «Wirtschaftsdienst» des Schweizerischen Ost-Instituts liefert in Nr. 39 eine Charakterisierung der *albanischen* Wirtschaft, in seiner Nr. 38 wird «*Bulgarien* als auf dem Wege zum Industriestaat» geschildert; in Nr. 36

erblickt man aus *Jugoslawien* einen «Zwischenbericht von der Belgrader Messe». «*Polens* ökonomische Bestandsaufnahme (Overhaul)» interessiert den «Economist» vom 5. 11. Zahlen vom *rumänischen* Außenhandel enthält der vorerwähnte «Wirtschaftsdienst» in Nr. 43. Mit dem Titel: «Wirtschaft, Arbeit, Gewerkschaften in der *Tschechoslowakei*» beschreibt der Schweizer Walter Gyßling in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften», Nr. 9, seine Eindrücke von einer Studienreise. Wieder ist es der eben zitierte «Wirtschaftsdienst», der in Nr. 41/42 mit Ziffern aus dem schweizerisch-tschechoslowakischen und in Nr. 40 mit solchen aus dem *ungarischen* Außenhandel aufwartet.

Für die Beurteilung der Zukunft im *West-Ost-Handel* wichtig ist eine fundierte Arbeit des Privatdozenten Dr. Francesco Kneschaurek (St. Gallen): «Der wirtschaftliche Wettlauf zwischen den USA und der Sowjetunion» in Heft III der «Außenwirtschaft». Die «Warenstruktur des sowjetischen Exportes 1959» wird vom «Wirtschaftsdienst» des Berner Ost-Institutes, Nr. 35, spezifiziert. Im «Informationsdienst» der «Moralischen Aufrüstung», der monatlich zweimal von Caux aus redigiert wird, äußert sich am 19. 10. der Präsident der japanischen Mitsui-Stiftung Takasumi Mitsui, über den «Osthandel und die Freiheit der Welt».

Sonstiges

Im Nachtrag zu früheren «Querschnitten» sind zunächst noch heute interessierende Artikel von Professor Dr. Marcel Großmann: «Gibt es ein Berufsethos des Versicherers?» in der «Schweizer Versicherungs-Zeitschrift» (März) und von Dr. Hermann Häberlin über «die sinnvoll zu gestaltende Freizeit» in der «Werkzeitung der schweizerischen Industrie», Nr. 3, hervorzuheben. Ebenso äußert sich der Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bankgesellschaft, Fritz Richner, über das aktuelle Thema: «Sachwertdenken und wirtschaftliche Realität» in der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung» vom Mai. Professor Dr. Melchior Palyi spricht in den Heften 6—8 der «Monatsblätter» von «zehn Jahren Erfahrungen mit Verstaatlichungen», und «Der Schweizer Arbeiter» vergleicht am 18. 8. das freiheitliche mit dem kommunistischen Wirtschaftssystem.

Zum heutigen Abschluß wollen wir dann für Freunde des Wirkens in der Gemeinde auf die «Zeitung für kommunale Wirtschaft» den Blick lenken; sie beschäftigt sich im September mit der Abwässerbeseitigung, im Oktober mit der Gasversorgung und im November mit der Heizkraftwirtschaft. Die Wiener «Industrie» betont am 30. 9. «die kulturelle Verantwortung der Industrie». In den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» entwirft im Oktober Paul Schallück ein Lebensbild von Victor Gollancz, und im November stellt Dr. Karl Hinkel «die Bedeutung psychologischer Faktoren für Gesellschaftsstruktur und Gewerkschaften» heraus. In den «Wirtschafts-Winken», Nr. 10, erläutert E. Küng «die Geschäftspolitik moderner Unternehmungen». Die «Schweizerische Wirtschaftszeitung» bringt im Oktober eine Niederschrift des Professors Dr. Röpke: «Verstaatlichung, ein gefährliches Clichéwort» und im November vom gleichen Autor «Elf Thesen zum Thema Wirtschaft und Moral». Endlich befaßt sich Dr. Emil Duperrex (Genf) in den «Orientierungen» der Schweizerischen Volksbank vom Oktober mit dem «Volkskapitalismus».

(Geschrieben Anfang Dezember 1960).

Hans Posse

Nach dem Nationalrat hat im Dezember nun auch der Ständerat die «Armeereform» behandelt und mit einer einzigen Ausnahme den Beschlüssen des Nationalrates über die Änderung der Militärorganisation und über die neue Truppenordnung zugestimmt. Die Herabsetzung der Wehrpflicht um zehn Jahre und die entsprechende Verjüngung der Heeresklassen, die Anpassung und maßvolle Erweiterung der Instruktionsdienste fanden die Zustimmung des Ständerates, ebenso die neue Truppenordnung nach der Kompromißformel von Sils mit der Schaffung 3 mechanisierter Divisionen auf der einen Seite, mit dem Verzicht auf die Schwächung der Infanterie und mit der Aufrechterhaltung von 18 berittenen Dragonerschwadronen auf der andern Seite.

In einem einzigen Punkt wich der Ständerat von den Beschlüssen des Nationalrates ab: in der Festsetzung der Befugnis zum Erlaß der Bestandestabellen für Stäbe und Einheiten der Armee. Das Militärorganisationsgesetz legt den Erlaß dieser Bestandestabellen in die Kompetenz der Bundesversammlung, ermächtigt sie aber gleichzeitig, ihre Befugnisse dem Bundesrat zu übertragen (Art. 45 der Militärorganisation). Bei der Truppenordnung 1951 begnügte sich die Bundesversammlung mit der Festsetzung der personellen Bestände und überließ die materielle Ausstattung der Stäbe und Einheiten dem Bundesrat. Bald zeigte sich aber, daß diese Formel wegen der Wechselwirkungen zwischen materieller Ausrüstung und personellem Bestand der Truppen keine brauchbare Lösung bildete. Da es sich bei der Festlegung der Bestandestabellen um ausgesprochen militärtechnische Probleme handelt, ist der Bundesrat als Exekutivbehörde weit besser in der Lage, diese Aufgaben zu lösen, als das Parlament. In der Botschaft zur Truppenordnung beantragte denn auch der Bundesrat die vollumfängliche Übertragung dieser Befugnis an ihn. Dabei fällt auf, daß er nicht den direkten Weg wählte und in der beantragten Revision der Militärorganisation eine entsprechende Änderung des Artikels 45 beantragte. Er zog vielmehr den indirekten Weg vor und wünschte lediglich, daß die Bundesversammlung im Beschluß über die Truppenordnung ihre Befugnisse zum Erlaß der Sollbestandestabellen auf den Bundesrat übertrage. Der Nationalrat beharrte leider in einem ausgesprochenen Mißtrauensvotum auf der gesetzlichen Befugnis der eidgenössischen Räte und lehnte jede Delegation an den Bundesrat ab. Der Ständerat zeigte glücklicherweise mehr Vertrauen zum Bundesrat und stimmte zunächst seinem Antrag zu. Bei der Bereinigung dieser Differenz fanden die beiden Räte schließlich auch in dieser Frage einen ausgesprochenen Kompromiß. Der Nationalrat bewilligte dem Bundesrat die verlangte Befugnis mit der Einschränkung, zuvor die ständigen Militärkommissionen der eidgenössischen Räte anhören zu müssen. Der Ständerat milderte darauf die Einschränkung, die nicht gelten soll «bei Änderungen dringlicher Natur oder geringen Umfanges, wenn solche durch die taktische oder technische Entwicklung notwendig werden». Der so bereinigten Kompromißformel haben schließlich beide Räte zugestimmt, so daß die beiden Vorlagen über die Armeereform am 21. Dezember von beiden Räten übereinstimmend angenommen wurden.

Der Kompromiß hinsichtlich Befugnis zum Erlaß der Sollbestandestabellen ist so wenig ein Ei des Kolumbus, als es die Kompromißformel von 1951 gewesen war. Die Militärkommissionen der eidgenössischen Räte hatten bisher die Aufgabe vorberatender Organe der gesetzgebenden Behörde. Die Truppenordnung vom 21. Dezember 1960 verlangt nun von ihnen die Mitwirkung beim Erlaß von Ausführungsvorschriften des Bundesrates, überträgt ihnen also Aufgaben der Exekutive. Die Militärkommissionen der Räte werden damit sowohl Aufgaben der Legislative als auch solche der Exekutive zu lösen haben, und der Bundesrat als eigentliche Exekutivbehörde wird auf dem Gebiet der Truppenordnung bevormundet. Eine solche Verwischung der Befugnisse zwischen

Legislative und Exekutive widerspricht dem Grundsatz der Gewaltentrennung und erscheint daher staatspolitisch mindestens so heikel wie das Anhören der «oppositionellen» Offiziere durch die Militärkommissionen und Fraktionen der Räte. Die Interpellation Fauquex im Ständerat gab Bundespräsident Petitpierre Gelegenheit, den *Ausnahmecharakter* dieses Vorgehens klar und deutlich zu unterstreichen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, das Parlament möchte den Bundesrat in Zukunft nicht mehr in eine solche Situation versetzen.

Miles

Die Schweizer sind von Natur eine kriegerische Nation, mit lebhaftem Interesse den Waffen und jeder Betätigung von männlicher Kraft zugetan, und dieser Stempel der Nationalität muß dem Volke gegen die entnervenden Einflüsse einer bloß industriellen Lebensanschauung unbedingt gewahrt werden.

Carl Hilty

Les peuples qui négligent leur propre défense sont les victimes désignées des invasions.

Giuseppe Motta